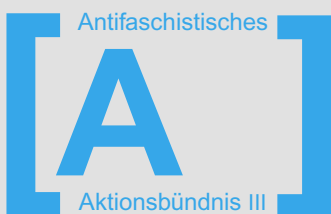


antifa jugendinfo

zu den antifaschistischen aktionswochen

01/03



Zusammen handeln
gegen Nationalismus,
Militarisierung und
Antisemitismus

inhalt

- | | | | |
|----|-------------------------------------|----|---------------------------------|
| 03 | aufruf zur antifa-demo am 1.februar | 18 | geschichtsrevisionismus |
| 04 | neonazis im pberg | 20 | konkurrenz und herrschaft |
| 05 | faschisten in weissensee | 22 | nationen sind nur kunstprodukte |
| 06 | kampfbund deutscher sozialisten | 25 | vom gefuehl zur analyse |
| 10 | antisemitismus/antizionismus | 28 | aktionswochentermine |
| 13 | aufrestung der bundeswehr | 30 | nehmen wir uns die fabrik! |
| 16 | rassistischer sondergesetzgebungen | 32 | demo- und konzert |



Impressum

HerausgeberIn ist das Antifaschistische Aktionsbuendnis III. Postfach 580724, 10415 Berlin. eMail: a3.berlin@firemail.de; Internet: a3.antifa.de

V.i.S.d.P.: R. Atte, Kanalgasse 25, 13187 Berlin- Pankow

Die Artikel geben nur die Meinung ihrer VerfasserInnen wieder. Die Bildrechte liegen bei den jeweiligen FotografInnen.

dem ASTA der Technischen zu Berlin fuer die dieses Projektes.



Die Verantwortung fuer die Aushaendigung ist solange Eigentum des Absenders/ der Absenderin, bis sie der/ dem Gefangenen persoenlich ausgehaendigt wird. "Zur Habenahme" ist keine Aushaendigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Veroeffentlichung nicht persoenlich ausgehaendigt, ist sie an den/ die Absenderin zurueckzusenden.

**nazi
aufmarsch
verhindern**



**antifa
heißt
angriff**

Wenn wir kommen, kann Deutschland einpacken!

Aufruf zur Antifa-Demonstration am 01. Februar 2003 ab
15 Uhr vom S-Greifswalder Strasse

Während sich im Nordosten Berlins neofaschistische Übergriffe häufen und der alternative Jugendklub »Bunte Kuh« Angriffsziel nicht nur von Neonazis ist, entwickelt sich im ganzen Land eine starke Strömung von links bis rechts, die die »deutsche Souveränität« gegenüber dem Rest der Welt, vor allem der USA und Israel, verteidigt sehen will. So demonstriert die rechtsextreme NPD unter den gleichen Parolen und Losungen, wie die deutsche Friedensbewegung und damit auch große Teile der Linken in diesem Land. So geschehen Mitte Dezember in Berlin. Der stadtbekanntere Neonazikader Rene Bethage demonstrierte zusammen mit seinen Kameraden Christian Worch, Udo Voigt und Horst Mahler unter dem Motto »Hände weg von Palästina - Keine deutschen Waffen für Israel!« durch die Innenstadt bis zum Auswärtigen Amt. Die deutsche Friedensbewegung konnte dieser ernstgemeintesten Solidaritätsbekundung von Rechtsaußen kaum etwas entgegensetzen, einzig antifaschistische und antideutsche Gruppen, sowie vereinzelte Protagonisten aus dem linksbürgerlichen Spektrum stellten sich den Neonazis in den Weg. An diesem Beispiel zeigt sich praktisch, dass die alten Dogmen der deutschen Linken noch bis heute fortwirken. Ohne den notwendigen Bruch mit den »Mythen der Linksdeutschen« ist an eine emanzipatorische Entwicklung nicht einmal zu denken.

links blinken und rechts abbiegen

Wer aus einer emotionalen Regung heraus mal beschlossen hat, links zu sein und dennoch keinerlei Probleme mit dieser Gesellschaft und ihrem Wahnsinn von Wert, Ware, Geld, Arbeit und Staat hat, der sucht sich Leute, die er, koste es was es wolle, beschützen kann. Meistens erwischt es MigrantInnen, arme »unterdrückte Völker« in der »Dritten Welt« oder gar »unschuldige Tiere«. So ist es auch kein Zufall, dass große Teile der sogenannten »GlobalisierungskritikerInnen« auch gleichzeitig in der Friedensbewegung aktiv sind und umgedreht. Beide Strömungen neigen zu personifizierter Kapitalismuskritik und

verkennen damit nicht nur den Charakter des Kapitalismus als System, sondern versuchen sich mit der Suche nach Schuldigen und »Bösen« um eine rationale Analyse zu drücken.

Eine solche Analyse ist nämlich unbequem und würde die persönliche Einbindung in das System zutage fördern und zeigen, dass mensch selbst auch nicht außerhalb des warenproduzierenden Systems steht und stehen kann.

Demgegenüber muss ein radikal linker Antifaschismus auf der Höhe der Zeit den Abschied vom Antizionismus und verkürzter Antikapitalismuskritik zur Voraussetzung haben. Nicht der Kampf gegen das Spekulationskapital, sondern gegen die Arbeit muss im Mittelpunkt stehen. Nicht die Zirkulationssphäre ist der Ansatzpunkt für radikale linke Politik, sondern die Warenproduktion und die Arbeitsverhältnisse.

join us in action ...

Natürlich sehen wir die Notwendigkeit, dem organisierten deutschen Mob auf der Straße offensiv entgegenzutreten auch, doch sollte darüber nicht die Auseinandersetzung mit Staat, Volk, Nation und Kapital vergessen werden. Die Grundlagen antikapitalistischer Politik sind eben nicht der treudoofe Pazifismus, reiner Anti-Nazi-Kampf oder die Vorstellung gerecht verteilter Armut für alle. Nein, wir wollen die Auflösung von Deutschland und die gerechte Verteilung des gesamten gesellschaftlichen Reichtum. Also die Anarchie als Freiheit, aber im Sozialismus als Gewalt gegen die Gewerbefreiheit!

→ **Luxus für alle, und zwar umsonst!**

→ **Für den kosmopolitischen Kommunismus!**

Demonstrationsaufruf der Demo-AG der Aktionswochen. Im Bündnis gibt es unterschiedliche Auffassungen über diesen Aufruf. Den Bündnisaufruf gibt es in kürze auf a3.antifa.de. Näheres zur Demo auf den Seiten 28 und 29.



Aktuell: Neonazis im Berliner Nordosten.

Z w i s c h e n H i t l e r v i d e o s u n d M i t t e l a l t e r f r e a k s . . .

Seit Jahren versuchen engagierte AntifaschistInnen, die Öffentlichkeit auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die von der sehr aktiven Neonaziszene in Nordostberlin ausgehen. Obwohl es immer wieder zu rechten Übergriffen und Vorfällen kommt, konnte dem Treiben der Neonazis bis jetzt noch nicht entscheidend Einhalt geboten werden. Zwei Beispiele für die Vielfältigkeit und Gefährlichkeit der Neonazis liegen im Prenzlauer Berg sehr nah: in der Erich-Weinert-Straße. Die Wohnung des führenden Nazikaders Andreas J. Voigt und der Modelleisenbahnladen von Detlef Appel.

Voigt war 1991-93 Gründer und Anführer der rechtsextremen Skinheadgruppe »Kreuzritter für Deutschland (KFD)« im Raum Stuttgart. Die Bedeutung dieser selbst ernannten »Kreuzritter« lag vor allem darin, dass sie mit als erste Kontakte zu internationalen Bonehead-Netzwerken aufnahmen. Die heute noch bestehenden deutschen Ableger zum Beispiel von »Blood & Honour« (2000 vom Bundesinnenminister verboten) betreiben neben anderen Aktivitäten den Vertrieb von verbotenen CDs und die Organisation von illegalen Konzerten. Rechtsrock hat sich in den letzten 10 Jahren nicht nur zu einem der wichtigsten Propagandamittel, sondern auch zu einer reichen Geldquelle für neofaschistische Strukturen entwickelt.

Von Dezember 1997 bis Ende 1998 betrieb der wegen



Körperverletzung und anderen Delikten vorbestrafte Voigt das »Café Germania« in Lichtenberg. Dabei war dieses Lokal keine gewöhnliche Kneipe, sondern wurde von Voigt und anderen Neonazis gezielt eröffnet, um einen Treffpunkt für Berliner, Brandenburger und auswärtige Faschisten anzubieten. Sehr schnell entwickelte sich das Café zum führenden Treffpunkt der militant-neonazistischen

Szene mit bundesweiter Bekanntheit. Oft wurden Schulungen und Besprechungen durchgeführt.

Nach lang anhaltenden antifaschistischen Protesten musste Voigt

Andreas J. Voigt



das »Café Germania« 1999 schließen. Ein breites örtliches Bündnis machte ermos wurden organisiert und ständig en die Scheiben und Wände des Cafés. seigentümer Voigt auf auszuziehen.

den Neonazikader Voigt vor allem im des sogenannten »Deutscherherrenklub«. sche, geschichtsrevisionsistische, rechtseil der Seite ist dem Eigenlob in viel Text idigt wird für 2003 die Eröffnung eines

herrenklub« 2000 online ging, betrieb der anscheinend computerbegeisterte Voigt eine andere Homepage unter dem Label »IZAN«, wo es unter anderem eine email-Partnervermittlung für Rechtsextremisten gab.

Anscheinend ist Voigt ein Mittelalter-Fan. Das war schon an dem pathetischen Namen »Kreuzritter für Deutschland« zu merken. »Deutscherherren« ist ein Ausdruck für die Mitglieder des »Deutschen Ritterordens«, der Anfang des 13. Jahrhunderts in Jerusalem gegründet wurde. Als es mit der Herrlichkeit der Kreuzritter im Nahen Osten vorbei war, fand der »Deutsche Orden« ab 1226 eine neue Aufgabe bei der Bekämpfung, Unterwerfung und Zwangschristianisierung der Pruzzen (Ureinwohner Preußens, heute polnisches und russisches Gebiet). Unzählige Pruzzen wurden vom Deutschen Orden als »minderwertige Heiden« umgebracht.

Darüber hinaus stellt sich Voigt in die Tradition der sogenannten »Alldeutschen«, die vor dem Ersten Weltkrieg der Dachverband aller Antisemiten, großenwahnsinnigen Kriegstreiber und Antidemokraten waren.

Das Problem an Voigts »Deutscherherrenklub« ist aber nicht die Geschmacklosigkeit und Angestaubtheit der Berufung auf eine mittelalterliche Halsabschneiderbande. Das Problem ist auch nicht, dass Voigts Homepage einen kindischen Größenwahn offenbart.

Die Bedeutsamkeit Voigts und seines Kindergarten-Ritterordens liegt vielmehr darin, dass er einen geschlossenen Zirkel repräsentiert, der strategische und theoretische Arbeit für die Neonaziszene leistet. Ziel der »Deutscherherren« ist weiterhin, unterschiedliche rechte Fraktionen zu vernetzen. Außer mit der Homepage werden diese Ziele auch mit gut geheimgehaltenen Veranstaltungen verfolgt, auf denen prominente Alt- und Neonazis einem handverlesenen Szenepublikum ihre Gedanken präsentieren. Voigts Homepage ist mit dem gesamten ideologischen Schwachsinn der extremen Rechten zugemüllt - inklusive offener Antisemitismus und Goebbels-Zitat. Dabei versucht er mehr oder weniger erfolglos, seinen geistigen Ergüssen einen intellektuellen und künstlerischen Anstrich zu verleihen.

Leute wie Voigt sorgen dafür, Mittelalterromantiker und andere Freaks an die rechte Szene heranzubringen. Dabei spricht die

Präsenz des »Deutschherrenklubs« wohl v.a. rechte Spinner an, die nicht dem Klischee des saufenden und pöbelnden Stiefelnazis entsprechen.

So obskur und daneben Voigts Projekt auf »normale Menschen« auch wirken mag, es ist ein Kapitel der Erfolgsgeschichte des neudeutschen Neofaschismus, der sich von einer nationalsozialistischen -, vielfach mit der Skinhead- und Fußballsubkultur verknüpften, Randerscheinung zu einem vielfältigen und differenzierten Phänomen entwickelt hat. Diese mittlerweile entstandene soziale Bewegung hat vielerorts bereits die Vorherrschaft erlangt - zumindest auf der Straße.

Während Voigt mehr die möchtem-intellektuelle und spleenige Seite der Neonaziszene verkörpert, ist der auch in der Erich-Weinert-Straße gelegene Modelleisenbahnladen mehr ein »normales« Mosaiksteinchen der Nordostberliner rechten Szene. Der Inhaber Detlef Appel vertreibt auf Nachfrage Videos. Z.B. eins, dass die Truppenparade zum 50. Geburtstag von Hitler (1939) zeigt. Als JournalistInnen des Lifestyle-Magazins MAX im Sommer 2002 über den Laden recherchieren wollte, hetzte Appel seine Hunde auf sie.

Trotz vieler Versuche von antifaschistischer Seite hat der Betreiber des Naziladens »Ha-Ra-Kiri« in der Grellstr. 1b (gleich in der Nähe der Erich-Weinert-Str. am S Bhf. Prenzlauer Allee), Henry Harms (und seine Mitarbeiterin Nicole Radecke) bisher durchgehalten. Nach wie vor vertreibt er faschistische Propaganda in Form von bedruckter Kleidung, Aufnähern und anderen Accessoires. Es ist davon auszugehen, dass wie in der Vergangenheit auch rechte Schriften und Nazi-CDs im »Ha-Ra-Kiri« ihre Käufer finden. Ähnliches gilt auch

für den Pankower Naziladen »Andycap« (Dietzgenstr. 94, Betreiber: Norman Weißleder).

Trotz oder wegen des teils alternativen, teils schickimäßigen Images des Bezirks Prenzlauer Berg stellt dieser Stadtteil schon lange einen Rückzugsraum für zahlreiche Neonazikader dar. Gerade im Nordteil des Bezirks sind nicht nur viele Rechte wohnhaft, sondern jugendliche Rechte fallen auch verstärkt im Straßenbild auf. Zahlreiche Lokale haben kein Problem mit rechter Kundschaft.

Hervorzuheben ist das sogenannte »Nordische Viertel« an der Bornholmer und der Wisbyer Straße, wo sich vor allem zu Wahlkampfzeiten viel faschistische Propaganda findet, zum Beispiel Aufkleber.

Dieser Beitrag benannte nur einige wenige Neonazis und faschistische Strukturen im Berliner Nordosten. Wesentlich mehr Informationen finden sich außerdem in diesem Jugendinfo (z.B. zur Situation in Weißensee), in den Jugendinfoartikeln auf der Homepage des Antifaschistischen Aktionsbündnis III [A3], sowie in der sehr empfehlenswerten Antifa-Recherchebroschüre Fight Back (Download unter: www.puk.de/fightback/fightback.zip).

→ **Welchen Spielraum die Neonazis, Rassisten und Antisemiten haben, liegt nur daran, wieviel wir ihnen geben.**

→ **Keine Ruhe für Faschisten!!**

Roland Peters, Antifaschistisches Aktionsbündnis III [A3].
eMail: a3.berlin@firemail.de

Stille Wasser sind tief

F o k u s W h i t e L a k e C i t y

Oberflächlich betrachtet scheint in Weißensee alles in Ordnung zu sein, keine große rechte Partei hat einen Stützpunkt in Weißensee und auch rechte Schmierereien kommen nur selten vor. Doch in der letzten Zeit spitzt sich die Situation in dem Bezirk im Nordosten Berlins langsam zu. Mittlerweile ist es schon fast an der Tagesordnung, dass alternative Jugendliche angepöbelt und angegriffen werden. Immer wieder wird durch pöbelnde Faschos und andere Unsympathen versucht linke Jugendliche einzuschüchtern oder möglichst aus ihrem Kiez zu vertreiben.

Einen der ersten Höhepunkte bildete dabei der Angriff von Neonazis auf einen linken Jugendlichen im Sommer letzten Jahres am Weißensee. Bei dem Angriff wurde dem Jugendlichen eine volle Wodkaflasche auf den Kopf geschlagen, so dass dieser zusammenbrach und in ärztliche Behandlung kam. Diese Situation kam nicht aus heiterem Himmel, denn schon öfter wurden die sich am Weißensee aufhaltenden alternativen Jugendliche beleidigt. Diese suchten öfter das Gespräch mit den Neonazis doch wurden mehrfach abgewiesen. So entwickelte sich im Laufe des Sommers der Weißensee immer mehr zu einer Zone die mensch als erkennbarer alternativer Jugendliche lieber meiden sollte, wenn er nicht von bis zu 30 Faschos, die sich bei gutem Wetter auf einem Kinderspielplatz einfanden, angepöbelt werden wollte. Die AnwohnerInnen scheint der Zustand nicht zu stören, dass sich Weißensee immer mehr zu einem Bezirk entwickelt, in dem sich Nazis unbehindert treffen können und auch gemeinsame Aktionen planen können. Deutlich wird diese Haltung der Bevölkerung auch bei dem Angriff von drei Jungnazis auf eine alternative Jugendliche am helllichten Tag an einer Straßenbahnhaltestelle. Diese wurde erst aufgrund ihres Äußeren beschimpft

Bunte Kuh am 17.11.2002 nach dem Angriff



und bei dem Versuch sich gegen die verbalen Angriffe zu wehren, wurde aus diesen Beschimpfungen ein handfester Angriff. Daraufhin bekam sie als Antwort einen Schlag in den Magen. Die anwesenden Anwohner hielten es nicht für nötig ihr nach dem Angriff zu helfen oder diesen gar zu vereiteln. Nein, sie gingen aus Sorge um ihre Kleidung ein paar Schritte zurück als sich das Opfer als Folge der Schläge übergab.

Diese beiden hier genannten Beispiele stehen nur exemplarisch, für die anhaltende aggressive Stimmung in Weißensee gegen als links erkennbare Jugendliche. Sie richtet sich allerdings nicht nur gegen die Jugendlichen, sondern auch gegen linke Strukturen in Weißensee. So rufen die Autonomen Nationalisten Berlins auf Aufklebern, die auch die in Weißensee verklebt wurden, zur Zerstörung von alternativen Jugendzentren auf. Dass dies nicht nur die harmlose Floskel von ein paar Spinnern ist, wurde deut-

lich, als die Bunte Kuh am 17. 11. 2002 zum wiederholten Male Ziel eines rechtsextremen Angriffes wurde. Bei der Tat gingen glücklicherweise bei diesem Angriff nur ein paar Glasscheiben zu Bruch, verletzt wurde niemand, aber es zeigt deutlich, dass alternative Jugendclubs wie die Bunte Kuh in Weißensee nicht erwünscht sind. Statt dessen wird lieber beim Blumenfest, bei dem rechte Parteien unbehelligt ihre rechte Propaganda unter das Volk bringen können, mit NPD-lern ein kaltes Bier getrunken.. Bis auf wenige anwesende AntifaschistInnen wurden die rechten Parteien toleriert und als ganz normale Partei akzeptiert. Auch das »Halford«, eine Heavy Metal Kneipe an der Berliner Allee/ Ecke Buschallee, wo allgemein bekannt ist, dass sich dort Neofaschisten von Jung bis Alt aufhalten und wohlfühlen, wird von der wegsehenden Bevölkerung gebilligt.

Aufgrund dieser Vorfälle und der bestehenden Gefahr, dass die Neonazis neben Hohenschönhausen und Lichtenberg auch in Weißensee sich allmählich im gesamten Nordosten Berlins ausbreiten, ist es dringend notwendig nicht nur Kritik anzuwenden und Probleme zu erkennen, sondern aktiv zu werden, um der braunen Masse eindeutig die Schranken zu weisen.

→ **Fight Against The Fascists Normalcondition In**

Whitelakecity And Enjoy Antifascist Action!!!

Rote Antifa Weißensee

Ihr seid deutsch,
ihr seid deutsch,
ihr seid deutsch!

»Oberflächlich betrachtet, scheint in Weißensee alles in Ordnung zu sein: Kaum gewalttätige Übergriffe auf Andersdenkende und im Verhältnis mit manch anderem Bezirken sieht mensch auch relativ wenig Faschopropaganda auf der Straße.«

Dieser Einschätzung des »Fight back-Recherche-Kollektives« ist grundsätzlich nichts hinzuzufügen - wenn mensch von der Häufung rechter Übergriffe in den letzten Wochen und Monaten absieht. Tatsächlich bringt ein Großteil der Bevölkerung Weißensee eher mit Schnäppchenläden, schlechter Verkehrsanbindung und einem Mangel an Yuppie-Cafes in Verbindung, nicht aber mit organisierten Nazistrukturen. Dies liegt unter anderem daran, dass ein Großteil der rechtsextremen Szene eher am Steinberg (Nähe Pankow-Grenze) oder in Karow-Nord, dem eher ausgelagerten Teil Weißensees, angesiedelt ist und damit von vielen Menschen im Straßenbild des Zentrums von Weißensee nicht wahrgenommen werden. Doch auch in zentral gelegenen Gegenden, wie dem Komponistenviertel, dem in der breiten Masse der Bevölkerung kein brauner Ruf anhängt, können Nazikader unauffällig agieren. Ein Paradebeispiel hierfür ist der Nationalbolschewist* und Mitbegründer des Kampfbundes Deutscher Sozialisten (KDS) Michael Koth, wohnhaft in der Gounodstraße.

Who the fuck is Michael Koth?

Michael Koth, heute KDS-Gausekretär Berlin/ Brandenburg, war früher Mitglied der SED-Schwesterpartei SEW (Sozialistischen Einheitspartei Westberlin). Er wechselte später zur KPD-Ost und knüpfte nach 1989 erste Kontakte zu Stasi-Verbänden und DDR-Prominenz, unter anderem auch zu Honecker und Mielke. Mitte der 90er Jahre wurden seine stärker werdenden Kontakte zur rechten Szene bekannt, worauf er im Mai/Juli 1995 aus der KPD und dem

Michael Kuehnen

Der 1991 im Alter von 36 Jahren verstorbene Michael Kühnen war Mitbegründer der Untergrundorganisation »SA-Sturm Hamburg«. Am 26. November 1977 geht aus dem »SA-Sturm« zusätzlich als legale Frontorganisation die »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) hervor. Kühnen entwickelt sich rasch zum führenden Kopf der Neonazi-Szene. Nach dem Verbot der ANS 1983 wandelt Kühnen gemeinsam mit Thomas Brehl und Christian Worch die ANS/NA-Kameradschaften Stück für Stück in Leserkreise der neuen Organisation Die Neue Front (NF) um. Die NF steht in der Tradition der SA und des »revolutionären« Flügels der NSDAP. Kühnen ist einer der maßgeblichen Aktivisten der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdnF). 1986 kommt es wegen seiner Homosexualität zum Bruch mit Jürgen Mosler und anderen Gefolgsleuten. Nach 1989 beteiligt er sich maßgeblich am Aufbau militanter faschistischer Strukturen in den neuen Bundesländern. In München gründet Kühnen 1991 die »Antizionistische Aktion«. Kühnens Plan war es, in Absprache mit dem Irak eine »Antizionistische Legion« aufzustellen, die der irakischen Armee unterstellt sein sollte.

Nationalbolschewismus

Der Terminus Nationalbolschewismus diente in der Weimarer Republik als Oberbegriff für nationale Bestrebungen unterschiedlicher Gruppen, denen allen eine Anlehnung an das bolschewistische Rußland als grundlegend erschien. In ihrer Frontstellung gegen den Versailler Vertrags und mit extrem antiwestlicher Stoßrichtung forderten die nationalbolschewistischen Gruppen eine antidemokratische Revolution in Abgrenzung zu einer kommunistischen »Klassendiktatur«. Voraussetzung zur Überwindung des »kapitalistischen Jochs« und für den Sieg über die bürgerliche Klasse war die Nationalisierung der deutschen Arbeiterschaft. Nur mit einer stark ausgeprägten nationalen Gesinnung hätte diese entschlossen und konsequent den Staat erobern können. Ziel dieser Politik war eine vollständige Verstaatlichung der Wirtschaft nach sowjetrussischem Vorbild.

Ihre deutlichste Ausprägung fand die nationalbolschewistische Ideologie in den Schriften von Ernst Niekisch. Niekisch forderte einen nationalen Sozialismus, in der der Arbeiterschaft ein wichtiger Platz in einer von preußischer Zucht und Sittlichkeit geprägten Volksgemeinschaft zugewiesen werden sollte.

Durch die Synthese von extremem Nationalismus und revolutionär-sozialistischen Elementen befanden sich Teile nationalbolschewistischer Gruppen zeitweise in ideologischer Nähe zum linken Flügel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) um Gregor Strasser und Ernst Röhm.

(Definition nach www.dhm.de, Deutsches Historisches Museum)



»Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e.V.« rausgeschmissen wurde. Trotzdem arbeitet er weiterhin an der Knüpfung und Auffrischung seiner Kontakte im staatssozialistischen Spektrum. Michael Koth ist ein Anhänger der »Dschutsche Ideologie«. Das von den nordkoreanischen Diktatoren Kim Jong Il und Kim Il Sung propagierte »Dschutsche Gedankengut« basiert auf einem »nationalen Sozialismus«. Orientiert am Modell der Partei der Arbeit Koreas (PdAK) gründete Koth 1996 die Partei der Arbeit Deutschlands (PdAD), welche gute Kontakte zur NPD pflegt und auf deren Demonstrationen er häufig vertreten ist. Zu einer seiner ältesten Bekanntschaften in der Neonaziszene gehört Thomas Brehl (Langen/Hessen), der ehemalige Stellvertreter und Zögling, des 1991 verstorbenen Naziführers, Michael Kühnen**.

KDS-family

Am 23./24. August '97 trafen sich Brehl, Koth und eine weitere Zahl westdeutscher Neonazis in Langen, um die Chancen einer gemeinsamen Zusammenarbeit zu besprechen. Auf Grund der erfolgten Annäherungen gründete das Gespann am 1. Mai 1999 in Cottbus den Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS). Jenes Gründungstreffen wurde unter anderem durch Frank Maik Hübner (Cottbus), dem ehemaligen Bundesvorsitzenden der Deutschen Alternative (DA), sowie ehemaligem Mitglied der Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front (GdnF) mitorganisiert.

Ähnlich wie die Organisationsstruktur der NSDAP gliedert sich auch der KDS in zahlreiche Gaue- und Kreisleitungen, die von sogenannten Gausekretären bzw. Stützpunktleitern angeführt werden. Wenn auch solche Einheiten nahezu im ganzen Bundesgebiet bestehen, so sind die regionalen Schwerpunkte in und um Berlin, Langen und Köln zu verorten. Die personelle Besetzung speist sich zum Großteil aus ehemaligen Teilen der Michael-Kühnen-Gefolgschaft. Viele darunter waren Teil oder Umfeld der verbotenen Organisationen Freiheitliche Arbeiter Partei (FAP), DA,

oder der GdnF, welche eingebunden waren in das deutsche Netzwerk der hierzulande illegalen NSDAP/Aufbauorganisation (NSDAP/AO).

Im Raum Nordrhein/Westfalen gelang es dem KDS einige Mitglieder zu gewinnen. Zu nennen wäre hier die 15 Mann starke, nach dem SA Mann Walter Spangenberg benannte, Kameradschaft Köln. Führende Aktivisten sind die Brüder Thomas und Paul Breuer (NPD) und den Jungnazi Axel Reitz (KDS-Gausekretär Rheinland/Organisationsleitung). Reitz tat sich schon des öfteren durch den ein oder anderen verbalen Amoklauf hervor. So zum Beispiel im April 1999, auf einer Hitler-Geburtstagsfeier, in den Niederlanden: »...Wir glauben, daß der Nationalsozialismus der allein seligmachende Glaube für unser Volk ist. Wir glauben, das es einen Herrgott im Himmel gibt, der uns geschaffen hat (...) Und wir glauben, dass dieser Herrgott uns Adolf Hitler gesandt hat, damit Deutschland für alle Ewigkeit ein Fundament werdet. Heil Hitler.«. Das so offen vorgetragene nationalsozialistische Statements nicht ohne Folgen bleiben, zeigte sich am 30. Juli 2002, als einige Antifas in Köln Reitz mit Teleskopschlagstöcken und Fußtritten beglückten.

Ebenfalls ist die Kameradschaft Duisburg (auch als Kameradschaft Heinrich Bauschen bekannt) um den Ex-FAPler Michael Thiel (KDS-Gauleiter des Gau Ruhr) im KDS aktiv. Thiel hält gute Kontakte zu Christian Worch, dem bundesweit wichtigsten Führungskader der Freien Kameradschaften. Dieser gehört ebenfalls zu den ehemaligen »Kühnen-Treuen« und ist auch bei KDS-Demos oder Veranstaltungen zugegen.

Red and brown??

Der KDS lehnt die »...Etikettierung «rechts« oder »links« kategorisch ab...«. Eine »... rot-braune Einheitsfront...« aufzubauen soll eines der Primär-Ziele des KDS sein. Diese abstruse politische Mixtur ist in den KDS-Schriften Wetterleuchten (Theorie-Organ), der Internetseite des KDS und dem Zentralorgan Gegenangriff nachzulesen.

Koth mit dem Ex-SED-Kader Harry Tisch



der europäischen Interventionstruppe stellen wird. Vielmehr ist für die KDSler »...Deutschland ... Befehlsempfänger international operierender Kapitalverbrecher...«, die Deutschland »...in einem multikulturellen Einheitsbrei untergehen lassen wollen.« Der so genannte Einheitsbrei wird unter dem Begriff »One-World-Gesellschaft« zusammengefasst. Fragt sich nur, was tun ist gegen diese »...Verschwörung aus Politik und Kapital...?« »Widerstand gegen...Zionismus...«

(Gegenangriff/Juni 2002 - Brief Saddam Husseins), scheint hier das Lösungskonzept zu sein.

The Saddam-fan club

Der Hass auf das Judentum, sprich »...das teuflische Amerika!«, wird höher bewertet als die eigenen Widersprüche zum Islam und Paria-Regimen wie im Irak. Vielmehr werden Gemeinsamkeiten gesehen. Dies manifestiert sich nicht nur an einem im Gegenangriff 2002 abgedruckten Brief Saddam Husseins, sondern auch an den guten Kontakten zur irakischen Botschaft in Berlin-Zehlendorf. Diese sind nicht neu, sondern existierten schon vor dem Umzug von Bonn nach Berlin. Am 27. April, dem Geburtstag Saddam Husseins, sowie Mitte Juli 2002, zum Jahrestag der irakischen »Revolution« wurden KDS-Delegationen beim Besuch der Botschaft gesichtet. Der Empfang wurde von Peter Habermann (KDS-Gausekretär Oberbayern/ Bereichsleiter Süd) als »absolut herzlich« beschrieben. Axel Reitz: »Ich gehe zu 100 Prozent davon aus, dass die Iraker wissen, wer wir sind, wer unsere Vorbilder sind, was wir wollen und da gab es nie Berührungsängste.« Dass dies von irakischer Seite ebenfalls zutrifft, belegt die Einladung zum Besuch im Juli und einem Dankeschreiben vom 3. Juli (ausgefertigt vom Chef des irakischen Präsidiums Office, Ahmad H. Khudair), in dem Saddam »beste Gesundheit und Erfolg« übermitteln lässt. Brehl lobt Hussein: Das ist ein Mensch, »der uns schon

ANZEIGE

jetzt vernetzen!

Antifa

Die Geburtshelferinnen und -heiler der jungen Welt kamen aus der Widerstandsbewegung gegen den Hitlerfaschismus. Ihr Auftrag, nie wieder brauns Diktatur und Krieg zuzulassen, prägte unsere Zeit vom ersten Erscheinungstag an. Entwicklungsphasen und Macher des Blattes wechselten, der antifaschistische Leitgedanke blieb – nicht averordnet, zeitgeistgemäß und deklaratorisch, sondern wahrhaftig, stabil und lebensnah. Heute bringt sich die junge Welt auf vielfältigste Weise in den Kampf gegen Neonazismus, Rassismus und Krieg ein. Mit zahlreichen Persönlichkeiten, Verbänden, Gruppen und Initiativen dieses Aktionsfeldes arbeiten wir eng und vertrauensvoll zusammen. Ausdrücklich begrüßen wir noch mehr dazu beitragende Anstrengungen zu bündeln. Gern würden wir noch mehr dazu beitragen, das wechselseitige Verständnis von Antifaschistinnen und Antifaschisten aus nicht selten sehr verschiedenen Zusammenhängen zu fördern, ihre unterschiedlichen Politikangebote zusammenzuführen und in kraftvollen, koordinierten Aktionen zu vereinen. In diesem Sinne bieten wir die Leserinnen und Leser der Zeitschrift Antifa jugendinfo, sich im Rahmen unserer Aktionswochen zum Gebrauchswert der Tageszeitung junge Welt zu äußern, Vorschläge für ihre Verbesserung zu unterbreiten und nicht zuletzt möglichst konkrete Ideen zu ihrer stärkeren Verbreitung zu entwickeln. Senden Sie uns Zuschriften, sprechen Sie mit Freunden und Bekannten über die junge Welt, beziehen Sie uns wenn immer möglich in Ihre Aktionen ein! Jetzt vernetzen!

Anregungen, Ideen und Vorschläge nimmt unser Aktionsbüro (Tel: 0 30/53 63 55-10/verlag@jungewelt.de) entgegen.

Die Tageszeitung junge Welt

Im Internet: www.jungewelt.de

Probeabo

Ja, ich möchte die junge Welt für 10 Wochen ausprobieren

Name/Vorname: _____

Telefon: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Dafür bezahle ich 10 Euro. Will ich die junge Welt danach nicht weiterbestellen, wie ich das dem Verlag S. M. Gröbl spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mitteilen. Falls ich die junge Welt weiter bestelle, bezahle ich nach Ablauf der Probeabowochen monatlich

Normalabo: 25,00 Euro.
 Solobio: 11,00 Euro.
 Solobio: 18,40 Euro.

Ich bestelle mein Abo

monatlich (jeur mit Bankvergi.)
 vierteljährlich (3 x Rabatt)
 halbjährlich (4 x Rabatt)
 jährlich (6 x Rabatt)
 per Rechnungsbilgung
 Einzahlungsrichtung

Das Abo soll ab Anfang des _____ beginnen.

Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzurufen:

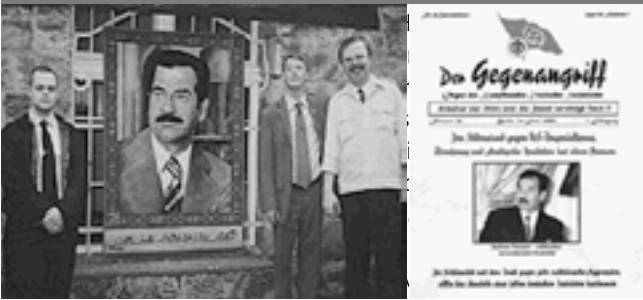
Geldinstitut/Bankleitzahl: _____

Kontostummer: _____

Datum/Unterschrift: _____

Die reguläre Abo-fakt wird mindestens ein halbes Jahr und vorliegt sich um den oben angegebenen Zahlungstermin, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Probeabos) schriftlich bei Ihnen kündige.

Der KDS und Saddam- fette Freunde



Fazit: Antisemitismus, Antiamerikanismus und Führerkult sind der Kitt dieser wunderbaren Freundschaft.

We are on the Koth again!

Michael Koth hat innerhalb des KDS genau wie Thomas Brehl den Status eines Multifunktionärs. Publizistisch ist er für diverse NPD-Postillen, die Junge Freiheit sowie für das Querfrontblatt Sleipnir (z.B. Sleipnir 3/96) tätig. Für die von Andreas Röhler und dem »Nationalanarchisten« Peter Töpfer (Betreiber der Internetseite der »Nationalen Anarchie«) initiierte Zeitung hat Koth eine besondere Vorliebe. Sie enthält holocaustleugnende Schriften, wie auch eingeschmuggelte Beiträge von linken Autoren wie Hans Modrow und Ralph Giordano (ohne Genehmigung der Autoren abgedruckt), was für eine Verschmelzung der beiden Lager sorgen soll. Also ganz nach seinem Geschmack. Das Unterfangen, Sleipnir in autoritär-kommunistischen Zirkeln u.ä. zu verbreiten, führte mit zu seinem KPD-Parteiausschluss 1995. 1998 gründete er zusammen mit Peter Töpfer das Bündnis Nationale Linke im Nationalen Widerstand, um Freiheit für den inhaftierten NPD-Kader Frank Schwerdt zu fordern. Auf Grund dieser Verbindungen ist es also nicht verwunderlich, dass Koth für das Naziblatt Unabhängige Nachrichten (UN), welches die früheren Sleipnir-Redaktionsräume in der Danzigerstraße mitnutzte, schon mal eine »Verteilaktion« startet. Dies geschah z.B. Mitte 1999, als unter vielen Autoscheibenwischern, vor allem im Komponistenviertel, dieses unsägliche Stück Papier klemmte. In der ständig wechselnden Liste presserechtlicher Vertreter der UN lässt sich auch Michael Koths alter Kampfgenosse Thomas Brehl wiederfinden.

Michael Koth ist außerdem Initiator des Sozialistischen Winterhilfswerks (SWHW), an dessen Sammlungen sich laut KDS PDSler, NPD-Mitglieder, Christen sowie Wotan- und Odin-Fans beteiligten. Auf der Auftaktveranstaltung des SWHW im damaligen Weißenseer Lokal »MZ« (an der Stelle ist heute das Bistro 2000 V-Cafe, Ecke Langhansstr./Gustav-Adolf-Str.) schaute nicht nur der eine oder andere Kamerad, sondern auch der Staatsschutz vorbei, der den KDSlern »eine »Sicherheitspartnerschaft« gegen die »Antifa Weißensee« angeboten« hatte, diese fand dann aber wohl doch nicht so den rechten Zuspruch. Gesammelt wurde vom SWHW für den hungern und frierenden »Volksgenossen«, dass die Kategorie »Volksgenosse« alle frierenden »Nicht-Deutschen« ausschließt, sollte wohl klar sein.

Desweiteren ist Koth Betreiber der seit September 1999 existierenden KDS-Internetpräsenz und war für geraume Zeit auch Anmelder einer Internetseite (vom Netz genom-

men) des Ex-Naziterroristen Arnulf Priem, zu dem er weiterhin Kontakt hält.

Querfront sucks!

Die Querfront-Strategie mausert sich momentan Stück für Stück zu einem der beliebtesten Spielzeuge der Neonazi-Szene. Wo hierzulande Organisationen wie der KDS nicht so recht voran kommen, da ihre ideologisch schlecht verflochtenen Auswürfe im ganzen etwas wirr klingen und auch die Kameradschaften mit Anleihen an linkem Sprachgebrauch und neu-autonomen Style nicht so recht über ihr Nazidasein hinwegtäuschen können, hat die Querfront in Russland schon Früchte getragen. Gruppen wie die Nationalbolschewistische Partei Russlands sind schon seit langem eine Synthese aus Autoritär-Sozialismus, Zarentum und neofaschistischen Elementen gelungen. Eine in sich schlüssig klingende Ideologie, durch die entsprechenden TheoretikerInnen bereitet, schuf dort eine eigenständige Bewegung, vertreten in Politik, Subkultur, Kunst und Musik. Dieser Entwicklung kann hier nur entgegengewirkt werden, in dem die eigenen inhaltlichen Standpunkte auf Parallelen zu rechten Ideologemen überprüft und diskutiert werden. Das bedeutet unter anderem Auseinandersetzung mit dem Thema Antisemitismus/ Antizionismus innerhalb der Linken. Dies gilt ins besondere auch für eine Auseinandersetzung mit der Ideologie und Struktur des Stalinismus. Staatssozialistische Parolen wie »Freiheit für Egon Krenz!«, welche man auf der KDS-Homepage und gleichzeitig auf Schildern der Spartakus-Gruppe findet, sollten dann hoffentlich der Vergangenheit angehören.



Querfrontorganisationen sind weder revolutionär, noch links. Sie sind einfach nur deutsch! Nicht mehr und nicht weniger!

→Weißensee nicht in Nazi-Hand!

→Kapitalismus auflösen!

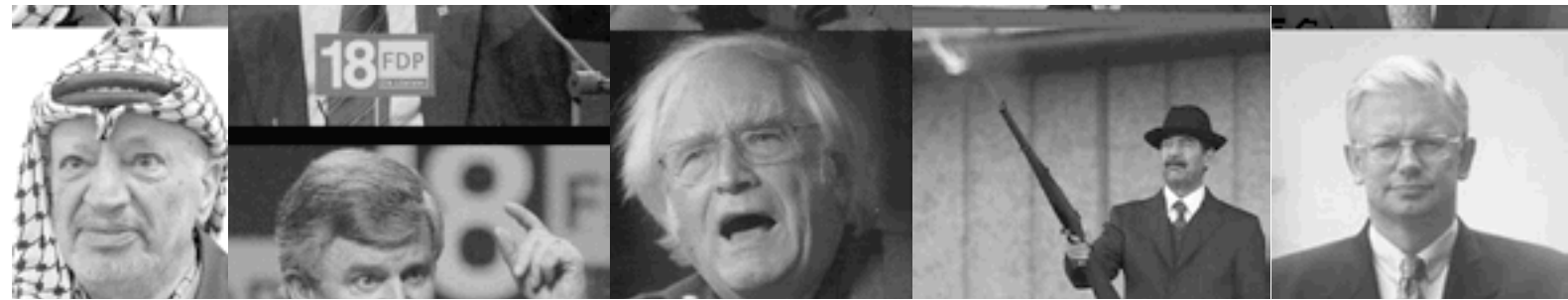
→Für eine libertäre Gesellschaft!

Antifa Weißensee.

eMail: antifa.weissensee@firemail.de

Lesetipp

Fight back!-Antifa-Recherchebroschüre für Nord-Ost-Berlin.Zum Download unter: <http://www.puk.de/fightback/fightback.zip>



Antisemitismus und Antizionismus

Der Begriff »Antisemitismus« wurde 1879 von Wilhelm Marr geprägt. In diesem Jahr erschien seine Hetzschrift »Der Sieg des Judentums über das Germanentum«. Wörtlich übersetzt bedeutet der Begriff »Semitenfeindschaft«, diese Feindschaft richtet sich aber ausschließlich gegen Juden.

Im Christentum gab es einen ausgeprägten Antijudaismus, da sich die Juden nicht bekehren lassen wollten. Diese Judenfeindschaft schlägt sich auch im christlichen Schrifttum nieder und findet so ihre Tradierung über die Jahrhunderte hinweg. Besonders im fanatisierten Klima der Kreuzzüge (11.-13. Jahrhundert) kommt es zu schweren Ausschreitungen gegen die »Christusmörder«. So sind viele Fälle überliefert, wo es unmittelbar vor Beginn eines Kreuzzuges zu Pogromen an den Juden kam und ganze Gemeinden ausgelöscht wurden (z.B. Rouen, Troyes, Metz, Speyer, Mainz). Gottfried von Bouillon und sein wildes Kreuzfahrerheer richteten nach einmonatiger Belagerung von Jerusalem ein entsetzliches Blutbad unter der jüdischen Bevölkerung an und ließen alle bei lebendigem Leibe verbrennen.

Dass die Juden dann auch für den Ausbruch der Russischen Revolution verantwortlich gemacht wurden, lag an der Propaganda der Russisch-Orthodoxen Kirche, die in den Juden einen Feind des Christentums und des Zaren zu erkennen glaubte. Als Folge dieser Kampagne kommt es in den Jahren 1881-1882 sowie 1905 zu schrecklichen Pogromen an Juden. Dabei wird die Stimmung gegen Juden vor allem mittels der sogenannten Ritualmordlegende angeheizt. Die Juden, so wird behauptet, würden unschuldige Christenkinder ermorden, um an das Blut zu kommen, welches sie angeblich für ihre geheimen Riten bräuchten. Wer sich ein wenig mit dem Judentum befasst hat, weiß jedoch, wie abwegig diese Behauptungen sind, da Blut im Judentum als unrein gilt und der Kontakt nach Möglichkeit zu meiden ist. Schon im Mittelalter kam es aufgrund dieser Ritualmordlegenden zu vielen Pogromen, Folterungen durch die Inquisition und zu Morden an Juden.

Der zaristische Geheimdienst, die »Ochrana«, ist für die Herstellung eines der zähligsten und infamsten antisemitischen Pamphlete verantwortlich, der »Protokolle der Weisen von Zion«.

Die antisemitischen Hetzschriften und Übergriffe im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts lassen viele Juden einen Ausweg in der Assimilation suchen, welche in den meisten Fällen mit der Abkehr vom religiösen Judentum und der Taufe einhergeht. Bezeichnend für die Zeit ist das Bemühen von wissenschaftlichen Kreisen, die dem Umfeld der »Völkischen Bewegung« angehören, dem antisemitischen Hass

ein wissenschaftliches Gewand zu verpassen. Ausgehend von Arthur Gobineau werden Juden nunmehr als eigene »Rasse« betrachtet. Diese Denkweise wird später von den Nationalsozialisten übernommen und führt über die Diffamierung, Entrechtung und Enteignung geradewegs zum industriell organisierten Holocaust in den Vernichtungslagern.

Ein zentrales Moment des modernen Antisemitismus ist der Hass auf die abstrakte Seite der kapitalistischen Warenproduktion, die in den Juden biologisiert wird. Am deutlichsten wurde das bei der im Nationalsozialismus vorgenommenen Trennung in deutsches »schaffendes Kapital« und jüdisches »raffendes Kapital«. Die Grundlage dieser Trennung ist aber keineswegs eine Erfindung der nationalsozialistischen Ideologie, sondern vielmehr die tendenziell allen Subjekten der bürgerlichen Gesellschaft geläufige Unterscheidung in Arbeitsplätze schaffende Industriekapitalisten einerseits und das scheinbar unproduktive Kapital der Zirkulationssphäre andererseits.

Um in der Bevölkerung eine Zustimmung zu den antijüdischen Maßnahmen zu erlangen, wird in Publikationen, durch das Radio, vor allem aber durch das Medium Film das Bild des »häßlichen Juden« gezeichnet. Hier sei vor allem der Film »Jud Süß« von Veit Harlan erwähnt. Hitler hat bereits in frühen schriftlichen Äußerungen dargelegt, dass er in seinem Hass gegen Juden deren völlige Entrechtung und Vernichtung anstrebt. In einem Brief vom 16. September 1919 formuliert er auf die Bitte des Generalstabsoffiziers Mayr seine Gedanken zur »Judenfrage«: »Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Pogromen (sic!). Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte der Juden, die er zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.«

Im Jahre 1934 wurde in enger personeller und finanzieller Verbindung mit dem Propagandaministerium in Berlin das Institut zum Studium der Judenfrage gegründet. Mit Rücksicht auf die arabischen Länder benannte man das Institut im Februar 1942 in »Antijüdische Aktion« um.

Auschwitz hat den Antisemitismus, der zu Auschwitz geführt hat, unmöglich gemacht. Das stimmt für die moralische Bewertung, aber auch in dem Sinn, dass auch die Judenhasser wissen, dass Auschwitz unwiederholbar ist (als Ereignis dieser Dimension und als Mord an den Ermordeten). Die Motive des historischen Antisemitismus bestehen aber weiter. Sie sind zu einem Reservoir geworden, auf das, vermischt mit

neuen Elementen wie dem Antizionismus, die Judenhasser zurückgreifen.

Der Antisemitismus war schon lange verschwörungstheoretisch ausgerichtet. Die Globalisierung hat diesem Ansatz einen Anflug von Plausibilität verliehen. Da es die internationalen Schaltzentralen in Wirtschaft und Politik tatsächlich gibt, ist es leichter, sich jüdische Dunkelmänner vorzustellen, die diese Schaltzentralen aus dem Hintergrund leiten. Verschwörungstheorien sind der gemeinsame Nenner lokal unterschiedlicher Antisemitismen. Die Verbreitung der Protokolle der Weisen von Zion, eine Fälschung der zaristischen Geheimpolizei »Ochrana«, die der Nazi-Ideologe Alfred Rosenberg nach seiner Flucht vor der russischen Oktoberrevolution in Deutschland ausgewildert hat, sind ein Gradmesser für die Verbreitung des verschwörungstheoretischen Antisemitismus. Dieser Text gibt vor, eine Versammlung von Juden zu beschreiben, die von einer geheimen Weltherrschaft hinter den Kulissen handelt. Die Protokolle sind heute in die verschiedensten Sprachen übersetzt, geistern durchs Internet, kursieren in hohen Druckauflagen und werden von Radiostationen verbreitet. In islamischen Ländern haben sie Konjunktur. Islamische Organisationen verkauften ihn offen auf der Antirassismuskonferenz in Durban 2001, auf der sich der neue Antisemitismus zum ersten mal unverhüllt vor einem Weltpublikum manifestierte.

Der Antisemitismus ist selbst globalisiert. In der Vergangenheit gab es in Europa nationale Antisemitismen. Der russische war von der Orthodoxie geprägt und nutzte die nationalen Rivalitäten im Zarenreich und der Sowjetunion, der polnische war katholisch-nationalistisch eingefärbt, der deutsche und österreichische pangermanisch und antiaufklärerisch, der französische kreiste um die Frage der

Loyalität zum Nationalstaat (Dreyfus-Affaire), um nur die wichtigsten zu nennen. Diese Unterschiede sind in einem generalisierten europäischen Antisemitismus aufgegangen (der weltweit die aktuelle Politik Israels mit den von Nazideutschland begangenen Verbrechen vergleicht).

Der aktuelle Antisemitismus beruft sich in weiten Teilen auf das Schriftgut der »Völkischen Bewegung« und des Nationalsozialismus. Dabei sind antisemitische Ressentiments nicht nur aus rechten Kreisen zu vernehmen. Der linke Antisemitismus benutzt dafür gerne die Vokabel »Antizionismus«. Unterzieht man die Vorhaltungen einer näheren Untersuchung, so wird offenbar, dass sich die Kritik gegen alle Juden richtet und vor allem gegen das Existenzrecht der Juden in Israel. Neben ultrarechten, christlich-religiösen Kreisen in den Vereinigten Staaten pflegen in den vergangenen Jahren vor allem Anhänger der rechten »Esoterik« einen Antisemitismus, der den Juden vorwirft, mittels einer »Weltverschwörung« eine »Eine-Welt-Regierung« errichten zu wollen.

Der Antisemitismus muss sich ein Bild von den Juden schaffen, um seine Hassgefühle auf Dauer stillen zu können. Zu diesem Bild gehört, dass aus den Opfern Täter und aus den Tätern Opfer werden. Sharon wird mit Hitler verglichen und Israel führt angeblich einen »Vernichtungskrieg« (Möller) - ein Terminus, der spätestens seit der Wehrmachtsausstellung mit Hitlerdeutschland assoziiert wird.

Zu einer Fülle von antisemitischen Unterstellungen führen z.B. die Entschädigungsforderungen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen. Auch hier dienen »die Juden« als Zielgruppe, obwohl eben nicht nur Juden zum anspruchsberechtigten Personenkreis gehören, sondern viele ehemals verschleppte nichtjüdische Personen aus den Ostgebieten.

ANZEIGE

elfter september

mit beiträgen von

marco baschetta | rom
 diedrich diederichsen | berlin
 amr hamzawy | berlin
 yoram kaniuk | tel aviv
 rawa | islamabad
 hazem saghiya | london
 bernhard schmid | paris
 christian stock | freiburg
 eyal zisser | tel aviv

u.a.

redaktion jungle world
**Elfter
 September
 Nulleins**

die linke debatte
 ein jahr nach den
 anschlügen von
 new york und
 washington.

das buch
 zum kongress
 vom 6. bis zum
 8. september
 in berlin.

redaktion jungle world (hg.):
 elfter september nulleins,
 256 seiten, 14 €.

versandkostenfreie bestellung
 unter www.verbrecherei.de

Die Wochenzeitung
Jungle World
 JUNGLE-WORLD.COM

das buch

Antizionismus und Israel

Der Antisemitismus hat sich durch die Gründung des Staates Israel sehr verändert. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Antisemitismus der Konstruktion des ewig wandernden, heimatlosen Juden verhaftet.

Zum Überlegenheitsgefühl gegenüber den Juden gehörte die Erdverbundenheit und Heimmattreue der »Wirtsvölker«. Mit der Schaffung eines eigenen jüdischen Staates wurde das Judentum, wenn nicht als Ganzes, so doch im Prinzip, auf ein Gebiet festgelegt. Diese Territorialisierung hätte der Ansatz zu einer Einfriedung des Antisemitismus werden können. Der Antisemitismus hätte sich zu einem Vorurteil wie andere auch zurückverwandeln können, etwa als regionaler Antizionismus. Aus dem ewigen und grenzenlosen Judenhass wäre dann eine vielleicht aufklärbare, in jedem Fall aber kalkulierbare Aversion gegen die jüdischen Israelis geworden, gleichrangig den übrigen Abneigungen einer Bevölkerung gegen die andere.

Aber der Staat Israel steht im Mittelpunkt des Nahostkonflikts, und dieser ist hochgradig religiös-symbolisch aufgeladen und erhält seine Dynamik durch das Gegeneinander des Islam als universalistischer Religion und des Judentums, das einen in seinen heiligen Schriften verbrieften Anspruch auf diesen Streifen Land mitten im islamisch-arabischen Kulturkreis erhebt. Israel ist das einzige Land der Welt, das neben den realen eine noch größere Zahl virtueller Staatsbürger hat, denn seine Verfassung garantiert allen Juden, ganz gleich wo sie leben, die Möglichkeit der Einwanderung mit vollen Rechten (»Alijah«). Umgekehrt haben der arabische und der islamische Teil der Welt das Rückkehrrecht der Palästinenser auf ihr Banner geschrieben.

Das überregionale, in der Tendenz universalistische Potential, das dem Konflikt im Nahen Osten innewohnt, hat sich mit dem 11. September 2001 entfaltet. Ab diesem Datum war der Nahostkonflikt objektiv Teil eines weltweiten Kampfes, der von einem ausdrücklich antisemitischen Verbrechen ausgelöst worden war. Die wenigen schriftlichen Zeugnisse der Attentäter und eine Flut rechtsextremer Print- und Internettex-te sprechen in einem Atemzug von »den Juden« und den USA. Der 11. September war für die Rechten ein Angriff auf »die Ostküste« (in diesem Zusammenhang die Schnittstelle zwischen Antiamerikanismus und Antisemitismus).

Der 11. September 2001 und der Beginn der zweite Intifada 2002 haben mehr als alle Kongresse und Internettex-te dem Antisemitismus eine weltweite Dimension gegeben. Die internationale Dimension dieses Verbrechens hat die europäischen Wurzeln des Antisemitismus zu einer Erscheinung der Vergangenheit werden lassen. Wenn heute

angegriffen und mitunter zerstört wurden.

Der Antisemitismus erweist sich nun als ein Bündel sich ergänzender Antisemitismen, das aus einem verselbstständigten, statt auf das zionistische Projekt auf alles Jüdische zielenden Antizionismus, einer ins Kraut schießenden Verschwörungstheorien, der stets verfügbaren Holocaustleugnung und Elementen des alten europäischen Antisemitismus besteht.

Der neue Antisemitismus kann seinen Rassenhass dementieren, indem er den Staat Israel kritisiert. Wer »Israel« sagt, kann auch dieses Wort als Deckbegriff für die Juden benutzen, aber im Gegensatz zu den »Illuminati« usw. gibt es Israel wirklich. Soweit die Kritik an der israelischen Regierungspolitik berechtigt ist, verhilft sie dem neuen Antisemitismus zu einer unterschwelligeren, von moralischen Bedenken wegen der deutschen Schuld an der Judenvernichtung entlastenden Legitimation. Der neue Antisemitismus wird als Anliegen der »Dritten Welt« vorgetragen, und deren Anliegen sind legitim - das ist seit der Entkolonialisierung die politische korrekte Lesart. Aus dem propagierten Antizionismus wird - gleichsam nach Ende des offiziellen Teils - ein mit Hass aufgeladener Antisemitismus. Ein neuer Antisemitismus hat den Staat Israel eingeholt.

Die neuen Antisemiten treten ungeniert auf und handeln in politischen Kontexten. Sie greifen nicht nur Synagogen an, sondern auch Polizisten, die sie bewachen, fechten also ihren Glaubenskrieg mit der gerade anwesenden Staatsmacht aus (Frankfurter Rundschau, 8.4.2002). Die Polarisierung der Reaktionen und Demonstrationen im Frühjahr 2002, der FDP-Möller-Hickhack, die wechselseitigen Vergleiche mit Hitler, die zwischen Politik und Emotion schwankenden Parolen, die wieder auftauchenden Palästinensertücher könnten politische Lager für die Zukunft schaffen, zu deren Scheidelinie der Antisemitismus gehört. Aus den heutigen Ansätzen könnte sich ein neuer Antisemitismus entwickeln, der religiösen Fanatismus und politische Befreiungsrhetorik miteinander verbindet. Einem solchen Gebilde wäre wegen seiner religiösen Dimension durch Aufklärung schwer beizukommen.

Das Foto von dem Kind, das lächelnd in gutgelaunter Umgebung bei einer Demonstration in Berlin eine Bombenattrappe um den Bauch gewickelt hat, enthält unentwirrtbar die politische Dimension des Terrorismus und die religiöse des Märtyrertums. Wenn es gelänge, den politischen Konflikt vom religiösen zu trennen, wäre viel gewonnen.

Ralf Fischer
freier Journalist

weitere Infos

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/gi/>



Die Aufrüstung der Bundeswehr zur weltweiten Angriffsfaehigkeit

Wachbataillon der Bundeswehr



Bis zum 1. April 2003 will Verteidigungsminister Struck die verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) aus dem Jahr 1992 durch neue ersetzen. Die Richtlinien vom 26.11.1992 aus dem Hause Volker Rühes waren der Meilenstein für die Aufstellung von »Krisenreaktionskräften«, mit der die Bundeswehr zu einem aktiven Instrument der deutschen Außenpolitik gerüstet werden sollte. Der Text ließ an Offenheit über die machtpolitischen Absichten nichts zu wünschen übrig. Insbesondere zwei Passagen sind hervorzuheben. Die Richtlinien legen als »deutsche vitale Sicherheitsinteressen« u.a. »die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung« fest. (Pkt. 8.8) Oder an anderer Stelle, leider seltener zitiert: »Wenn die internationale Rechtsordnung gebrochen wird oder der Frieden gefährdet ist, muß Deutschland auf Anforderung der Völkergemeinschaft auch militärische Solidarbeiträge leisten können. Qualität und Quantität der Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur

Geltung gebracht werden können.« (Pkt. 27)

Mit anderen Worten: Je mehr deutsche Soldaten und deutsches Kriegsgerät bei Militärinterventionen eingesetzt werden, desto größer ist der deutsche Einfluss in der Welt. Ob die neuen Richtlinien ähnliche militärisch fundierten Machtansprüche beinhalten, bleibt abzuwarten.

Allerdings deuten erste der Öffentlichkeit bekanntgewordene Texte auf eine Ausweitung des eingeschlagenen Weges einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik hin. Eine im bundeswehreigenen »Zentrum für Analysen und Studien« in Waldbröl bei Bonn, dem zentralen »Think Tank« der Bundeswehr, in vierjähriger Arbeit entstandene Studie mit dem Titel »Streitkräfte, Fähigkeiten und Technologien im 21. Jahrhundert« hat laut Spiegel den Charakter einer »Vorarbeit« für die neuen VPR. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) veröffentlichte einige Auszüge daraus, die die Entwicklung »bis zum Jahr 2020 im Blick hat.« »Sie fordert nicht weniger als eine Revolution,« [...] schreibt die SZ, »hin zu einer modernen westlichen Interventionstruppe.«

Angesichts der neuen Herausforderungen etwa des internationalen Terrorismus sei »die eigene Sicherheit nicht mehr nur defensiv, sondern notfalls auch mit offensiven Operationen zu gewährleisten.«

Richtig stellt die SZ fest: »Das ist nichts anderes als die Umschreibung eines Präventivschlages.« Das Niveaugefälle der deutschen Streitkräfte im Vergleich zu den USA solle nicht mehr über ein »Hinterherrüsten« verringert werden, fordere die Studie. Besser sei es, angesichts der Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens »eine technologische Generation zu überspringen und mit neuen Konzepten Anschluss an amerikanische Fähigkeiten bei der Erfüllung globaler Aufgaben zu gewinnen.«

Eine solche Entwicklung würde an folgende aktuelle militärische Weichenstellungen anknüpfen:

1. An extensiv ausgeweitete deutsche Auslandseinsätze mit derzeit rund 9 000 Soldaten an 17 Orten mit steigender Tendenz. Die Regierung brüstet sich zunehmend damit, nach den USA zweitgrößte Truppenstellerin der NATO zu sein.

2. An den Beschluss der Bundesregierung vom 14. Juni 2000 »Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf«, der zwar u.a. einen Abbau der Soldatenzahl von 315 000 auf 282 000 bis 2010, vor allem jedoch den Aufbau von 150 000 Mann sogenannter Einsatzkräfte vorsieht, die eine Verdreifachung der sogenannten Krisenreaktionskräfte darstellen. Diese qualitative Kampfwertsteigerung der Bundeswehr wurde im neuen Koalitionsvertrag bestätigt und soll 2006 abgeschlossen sein. Ziel dieser Aufrüstung ist es, die Bundeswehr zu befähigen, neben kleinen Operationen zeitgleich zwei Operationen/Kriege mit je 10 000 Soldaten oder eine große Operation/Krieg mit bis zu 50 000 Soldaten führen zu können.

3. An den Beschluss, sich an der weltweit einsetzbaren schnellen Eingreiftruppe der EU in der Größe von 80 000 Mann, die bis Ende 2003 einsatzbereit sein soll, mit 18 000 Mann, dem größten nationalen Kontingent, zu beteiligen, und damit die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu prägen.

4. An der grundsätzlichen Bereitschaft der Bundesregierung sich an einer von US-Verteidigungsministers Rumsfeld vorgeschlagenen, welt-

weit einsetzbaren 21 000 Mann starken Schnellen Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force, NRF) zu beteiligen, »die vorwiegend aus Sondereinsatzkommandos bestehen soll« und gegen »neue asymmetrische Bedrohungen wie den international organisierten Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder andere, noch nicht vorhersehbare Herausforderungen« eingesetzt werden soll.

Die USA erwarten eine Zustimmung der Partner auf dem NATO-Gipfel am 21./22. November 2002.

Die rot-grüne Regierung unternimmt große Anstrengungen, die sogenannten Einsatzkräfte mit entsprechendem Gerät für die schnelle und weitreichende Verlegefähigkeit, die weltweite Führungsfähigkeit und die Nah- und Fernaufklärung, aber auch die präzise Waffenwirkung auf Distanz aufzurüsten.

Die Luftwaffe

Zur Ausrüstung zählen 180 Eurofighter, die inklusive Bewaffnung zwischen 1997 und 2015 laut Bundesrechnungshof rund 21 Mrd. Euro kosten werden.

Das Heer

Zur weitreichenden Artillerie zählen 185 neue Panzerhaubitzen 2000, sowie die 154 Mehrfachraketenwerfer MARS (»geballte Feuerkraft«). Eine wetter- und tageszeitunabhängige Echtzeit-Aufklärung wird ab 2006 mit den Drohnen KZO erreicht. Bereits in der Erprobung sind neuartige Kampfdrohnen TAIFUN. Der Dasa-Projektleiter ist sich sicher: »Mit dieser neuen Suchkopf-Generation gehören wir bei Dasa (heute EADS) zur Spitze des Weltmarkts.«. General Schneider:

»Mit der Ausstattung der Artillerie von heute, mit den laufenden sowie den bevorstehenden Beschaffungen modernster Führungs-, Aufklärungs- und Wirkungssysteme sowie intelligenter Munition, erfährt die deutsche Artillerie einen technologischen Quantensprung, der sie in die Weltspitze führt. Selbst wenn dies im ersten Schritt nur für die Krisenreaktionskräfte und einen kleinen Teil der Hauptverteidigungskräfte zutrifft, erfährt das ganze System einen Qualitätssprung, der die deutsche Artillerie zu einer der modernsten der Welt werden lässt.«

Für den Einstieg in die sogenannte Luftmechanisierung sind 80 Kampfhubschrauber TIGER beim deutsch-französischen Hersteller Eurocopter in Auftrag gegeben worden. Diese High-Tech-Kampfmaschinen sind mit etwa 33 Mio. Euro pro Stück ausgesprochen kostspielig.

Für die »Luftmechanisierung« wurden zunächst 80 neue Transporthubschrauber NH 90 zum Stückpreis von 25,3 Mio. Euro bestellt.

Zur Ausrüstung der schnellen Speerspitze des Heeres, der »Division Spezielle Operationen« (DSO, 7 300 Mann, voll einsatzfähig 2004), zu der das Kommando Spezialkräfte (KSK, 1 000 Mann) zählt, gehören die Gepanzerten Transport Kraftfahrzeuge (GTK) und 210 Kleinpanzer WIESEL. Von den GTK sollen für die Bundeswehr 3 000 Exemplare hergestellt werden. Der Airbus A 400 M soll sie weltweit transportieren können. Der Military-Airbus kann mit einer Tankfüllung bis zu 9 000 km weit fliegen. Die Reichweite ist jedoch wegen der Luftbetankbarkeit steigerbar. Wegen finanzieller Engpässe scheint Struck entschlossen, die von Scharping anvisierte Zahl von 73 wohl auf 60 Exemplare zu senken. Im Bundeswehrplan 2002 sind dafür ca. 8,1 Mrd. eingestellt.

Mit ihnen sollen auch die kürzlich bestellten neuen Schützenpanzer IGELE transportiert werden, von denen 410 Exemplare angeschafft werden sollen, und die etwa mit 2 Mrd. Euro zu Buche schlagen werden.

Der Airbus ist ein Schlüsselprojekt und dient offiziell der »Strategischen Verlegefähigkeit in der Luft«. Mit ihm sollen Vorauskommandos und die schnelle Eingreiftruppe inklusive gepanzerten Fahrzeugen, Kampf- und Transporthubschraubern schnell in die Kampfzonen geflogen werden können.

Die Marine

Hinter dem verharmlosenden Begriff der »Entregionalisierung bei der künftigen Einsatzplanung der Flotte« verbirgt sich der Drang der Marine auf die Weltmeere. Mit fünf Einsatzverbänden, von denen zwei ständig im Einsatz sind, soll eine Hochseepräsenz und eine weltweite Machtprojektion erzielt werden. Nicht mehr die Küstenverteidigung an Nord- und Ostsee stehen im Zentrum, sondern letztlich der Kampf gegen fremde Küsten.

Fregatten

Ende Oktober 2002 wurde die erste der drei neuen Fregatten des Typs F 124 (SACHSEN-Klasse) an die Deutsche Marine übergeben. Sie sind erstmalig zu einem umfassenden Verbandsschutz befähigt.



Jede Fregatte kostet rund 700 Millionen Euro - die teuerste deutsche Waffe aller Zeiten. Ihr Preis ist nur mit dem von luxuriösen Kreuzfahrtschiffen vergleichbar.

U-Boote

Die neuen U-Boote U-212 werden die kampfstärksten konventionellen U-Boote der Welt, ermöglicht ihre Brennstoffzellenantriebstechnik doch eine weitgehende Außenluftunabhängigkeit, so dass sie nicht nur quasi lautlos, sondern auch lange, nämlich drei Wochen, unter Wasser bleiben und dabei 22 000 km zurücklegen können. Ihre Kampfstärke wird erreicht durch sechs neuartige deutsche Schwergewichtstorpedos SEEHECHT. Der SEEHECHT kann nicht nur Überwasserschiffe, sondern auch U-Boote versenken. Dazu ein Marineexperte: »Mit der Einführung auf dem U-Boot U 212 wird der SEEHECHT weltweit der modernste und für alle Szenarien geeignete Schwergewichtstorpedo sein.«

Damit »ist die Marine und insbesondere die U-Boot-Flottille bestens für den Jahrtausendwechsel gerüstet und behält ihren Vorsprung in der Unterwasser-Seekriegsführung.«

Korvetten

Die neue Qualität des Kampfverbandes wird jedoch erzielt mit dem für die Deutsche Marine neuartigen Schiffstyp: die Korvette. Das ist eine

hochseegängige Plattform (1 600 t, ca. 90 m lang), die speziell für den Einsatz in Küstengewässern vorgesehen ist.

Sie bildet die Speerspitze des Kampfverbandes. Die Auslieferung der ersten fünf Korvetten ist für 2007 bis 2009 vorgesehen.

Zur Umsetzung dieser amphibischen Aspirationen und für die »strategische Verlegbarkeit zur See« sollen drei Einsatzgruppenunterstützungsschiffe ETRUS ab 2007 angeschafft werden, mit denen Marineinfanteristen in Bataillonsstärke und Panzer auf Landungsbooten direkt auf fremdes Land abgesetzt werden können.

Der Weltraum/Aufklärungssatelliten

Im Dezember 2001 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages ein Satellitenaufklärungssystem in Auftrag gegeben, das in Bremen zusammengesetzt wird. Mit dem Radarsatellitensystem SAR Lupe kann die Bundeswehr weltweit unabhängig vom Wetter, von Tages- oder Nachtzeit auf 50 cm genaue Bilder erhalten, die offiziell eine »eigenständige nationale Urteils-, Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit« ermöglichen. Das 300 Mio. Euro teure System aus fünf Satelliten, das ab Ende 2006 einsatzfähig ist, wird mit dem französischen Wärmebildsatelliten Helios II verbunden und soll das Herz eines europäischen Aufklärungsverbundes bilden, der von den USA unabhängig ist.

Navigationssatelliten

Nachdem die europäische Weltraumagentur ESA »die Unabhängigkeit Europas auf dem Gebiet der Satellitennavigation (...) als dringendes strategisches Ziel« erklärt hatte, hat sie zusammen mit der EU im März 2002 beschlossen, ein weltumspannendes Satellitennavigationssystem GALILEO gegen den Widerstand der USA zu entwickeln und ab 2008 in Betrieb zu nehmen. ESA und EU teilen sich die Entwicklungskosten in Höhe von 1,1 Mrd. Euro zu gleichen Teilen. Deutschland will sich laut Forschungsministerin Bulmahn mit 25 bis 30 Prozent an GALILEO beteiligen. Insgesamt wird das System 3,6 Mrd. Euro kosten, das aus 30 Satelliten besteht. Es steht in Konkurrenz zum militärisch betriebenen US-System GPS, soll allerdings hauptsächlich kommerziell genutzt werden. Deshalb wird auch vielfach betont, das es sich dabei um ein »rein ziviles System« handle. Allerdings sprach sich das Europäische Parlament »mehrheitlich dafür aus, GALILEO auch für militärische Anwendungen im Rahmen friedenserhaltender Missionen zu öffnen.«

Zur Finanzierung der Ausrüstung der 150 000 Mann starken »Einsatzkräfte« ist spätestens nach 2006 mit einem allmählichen aber stetigen Anstieg des Rüstungshaushalts zu rechnen sowie mit einem erheblichen Anwachsen des Rüstungsexports ausgedienter Bundeswehrwaffen.

Was ist zu tun?

ob und wie die ehrgeizige Aufrüstungsplanung umgesetzt wird, hängt in hohem Maße vom Kampf der deutschen und internationalen Friedens- und Sozialbewegungen ab. Die deutsche Friedensbewegung sollte den Kampf gegen deutsche Rüstungsexporte intensivieren und zunehmend europäisieren. Sie sollte die Herstellung qualitativ neuer Waffen und Ausrüstungen, die vor allem dem Zweck dienen, der Bundesrepublik Deutschland die Fähigkeit zu verschaffen, weltweit interventionsfähig zu werden, mehr aufs Korn zu nehmen. Die zentrale Forderung bleibt jedoch die nach der Auflösung der 150 000 Mann starken »Einsatzkräfte«.

gekürzter Text von www.kampagne.de [die Redaktion]
Kampagne gegen Zwangsdienste, Wehrpflicht & Militär



Die Kontinuität rassistischer Sondergesetzgebung in der BRD

Die heutigen rassistischen Sondergesetze gegenüber Flüchtlingen/ MigrantInnen weisen Parallelen wie auch Kontinuitäten zur Sondergesetzgebung des Deutschen Kaiserreichs, der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur auf. Teils entstanden sie aus rassistischen und antisemitischen Motiven, teils auch um Menschen an ihrer freien Bewegung mit ihrem frei gewählten Broterwerb jenseits nationaler Grenzen zu hindern oder um sie zu vertreiben.

Die Roma aus Südosteuropa und ihr derzeitiger Kampf um Bleiberecht und gegen die rassistischen Sondergesetze in der BRD stehen exemplarisch für den Willen und das Recht von Menschen, sich außerhalb nationaler Grenzen bewegen zu können und sich ihren geographischen Lebensmittelpunkt zmitlich unbegrenzt zu suchen.

Traditionelle »Zigeunerpolitik«

Zur Bekämpfung einer vermeintlichen »Zigeunerplage« wurde sowohl im Kaiserreich und in der Weimarer Republik als auch in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Diktatur vordergründig nur die Polizei eingesetzt. Sie verfügte in sämtlichen Staaten des Deutschen Reiches über eine weite Skala an Mitteln zur Verfolgung inländischer Fahrender, für »ausländische« Sinti und Roma war ohnehin die Ausweisung vorgesehen.

Diese Sondergesetze und Sonderverordnungen hatten schon immer sehr eindeutige Namen wie die »Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens«, »Bayrisches Zigeuner- und Arbeitsscheuengesetz« oder die »Thüringische Polizeiverordnung über das Umherziehen von Zigeunern und nach Zigeunerart wandernder Personen«.

Die NS-Verfolgungspolitik

In den Jahren 1933 bis 1938 wurde diese Verfolgung weiter verschärft und es wurden neue »zigeunerpolitische Bestimmungen« erlassen, die sich an das »Bremische Gesetz zum Schutze der Bevölkerung vor Belästigung durch Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheue« anlehnten.

1936 wurde Sinti und Roma die Eheschließung verboten, da sie nach dem »Blutschutzgesetz« der Nazis teils als »Artfremde« teils als »Lumpenproletarier« aus der »deutschen Volksgemeinschaft« heraus fie-

len. Im Frühjahr 1937 begann dann die groß angelegte »Bekämpfung des nomadisierenden Zigeunertums«. Es entstanden in vielen deutschen Städten besondere Konzentrationslager für Sinti und Roma. Ohne jede Rechtsgrundlage wurden hier ganze Familien inhaftiert. Erklärtes Ziel der Nationalsozialisten war eine völlige »Absonderung« von der »deutschblütigen« Bevölkerung.

Fast alle Lager waren eingezäunt und wurden von der SS oder von Polizeikommandos ständig bewacht. Die völlig unzureichenden sanitären Einrichtungen hatten eine Vielzahl von Krankheiten und Todesfällen zur Folge. Die Insassen unterstanden einer rigiden »Lagerordnung«, es kam zu zahllosen Misshandlungen. Anfangs »durften« die Erwachsenen das Lager tagsüber verlassen, um ihre Arbeitsstellen aufzusuchen. Später mussten sie Zwangsarbeit leisten; auch Kinder und Kranke wurden hiervon nicht ausgenommen.

Die kommunalen Konzentrationslager für Sinti und Roma hatten einen wichtigen Stellenwert innerhalb des nationalsozialistischen Lagersystems. Neben der totalen Isolation und der »rassistischen« Erfassung der Minderheit dienten sie als Zwangsarbeiterreservoir und zur unmittelbaren Vorbereitung der Deportationen.

Nach Kriegsbeginn und der Ausweitung der Verfolgung auf die besetzten Länder fungierten sie ebenso wie die jüdischen Ghettos als Sammelstätten für die Verschleppung in die Todeslager im besetzten Polen, was dann zur Vernichtung von ungefähr 500 000 Sinti und Roma bis Kriegsende europaweit führte.

Die Internierung im Lager Marzahn

In Berlin richteten die Behörden vor der Olympiade 1936 in Absprache zwischen städtischer Wohlfahrtsverwaltung, Gauleitung der NSDAP, des »Rassenpolitischen Amtes« und der Polizei ein »Zigeunerlager« in Berlin-Marzahn ein. Dorthin wurden 1936 alle der etwa 600 Sinti und Roma verbracht, die zum Teil seit Jahren auf privaten Standplätzen der Stadt lebten.

1937 waren es circa 400 Sinti und Roma, die im Lager lebten. Vor allem Frauen und Kinder wurden ins Lager gesperrt, deren Männer nach den sogenannten »Asozialenaktionen« 1937 in Haft genommen worden waren. In späteren Jahren wurden weitere Einweisungen vorgenommen, so dass von einem Lagerbestand von über 800 Personen für die Jahre 1939 bis 1943 ausgegangen werden kann

Die Behörden verschleppten Sinti und Roma auf ein Gelände, das neben Rieselfeldern und einem Friedhof gelegen war. Dort lebten sie unter katastrophalen Verhältnissen.

Im Jahre 1943 wurden die Lagerinsassen, sowie alle noch im Stadtgebiet lebenden Sinti fast ausnahmslos in das »Zigeunerlager« Auschwitz-Birkenau deportiert und, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ermordet. Etwa zwei Dutzend Sinti und Roma blieben in Marzahn inhaftiert und wurden 1945 von der Roten Armee befreit.

Jeder der Internierten, der die Lagerzeit in Berlin-Marzahn durchlitten und überlebt hat - und für einige waren das neun Jahre! -, ist schwer geschädigt worden. Ihr/Sein Leben ist überschattet von den Erinnerungen an die Entbehrungen und den Hunger, an die rassistische Diskriminierung und Drangsalierung, an die Angst vor der Einweisung in ein Todeslager und an den Verlust nahezu aller Angehörigen.

Schnappt sie euch alle!

Einkaufen mit der INFRACARD!

- Kinderleicht,
- 100%ig legal,
- und auf alle Fälle immer wieder ein Erlebnis!



Wenn du eine Einkaufspatenschaft übernehmen möchtest, dann mail uns am besten deine bevorzugte Einkaufsgegend, -zeit und dein Einkaufsvolumen, wir melden uns dann. Alternativ vermitteln wir auch Karten zum selbst einkaufen, näheres zu unserer Bürozeit.

Infos bei:

Initiative gegen das Chipkartensystem, c/o Berliner Büro für gleiche Rechte

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Bürozeit Do. 18-20 Uhr, mobil: 0160-3410547

Nicht einer der ehemaligen Insassen des Marzahnner Lagers ist nach Ende des Krieges als Verfolgter anerkannt worden! Der »Rastplatz« Marzahn sei kein Konzentrationslager gewesen, urteilten die zuständigen Berliner Behörden, seine Insassen seien nicht der Freiheit beraubt worden.

Erst als bei den DDR-Behörden ein Antrag gestellt wurde, sind zwei von den ehemaligen Insassen des Lagers als Verfolgte anerkannt und ihnen eine Ehrenrente zuerkannt worden.

In Berlin (West) verhielt sich das Entschädigungsamt anders. Es wies nach wie vor alle Anträge der betroffenen Sinti zurück. Die Begründung lautete, das Marzahn-Lager sei nur ein »zugewiesener Zigeunerplatz« gewesen, der »keinen haftähnlichen Charakter« hatte. Als wichtigsten »Beweis« führten sie an, »Zigeuner« aus dem Marzahn-Lager hätten ihre Arbeitsstellen in Berlin aufsuchen dürfen.

Zeit nach dem Krieg bis in die Gegenwart

Dass nach dem 2. Weltkrieg tausende Menschen kreuz und quer durch die Lande zogen, konnte nur kurzzeitig das Wiedereinsetzen der »Zigeunerpolitik zur Abwehrung der dauerhaften Niederlassung von Sinti und Roma« verhindern.

Sehr schnell versuchten die Kommunen nach den herkömmlichen Mustern, wie überhöhte Mieten, plötzliche Auflösung der Plätze, schikanöse Polizeikontrollen und Einschränkung der Fürsorgeleistungen, die Sinti und Roma zum Fortzug zu bewegen.

Da auch eine Umstrukturierung der Polizei und eine grundlegende Entnazifizierung unterblieb, konnte es vorkommen, dass ehemalige »ZigeunerspezialistInnen« weiterhin mit den Roma und Sinti befasst blieben und ihnen bei Wiedergutmachungsverfahren sogar als Zeuginnen und ExpertInnen präsentiert wurden.

In den Fällen, in denen es zu einer Wiedergutmachung kam (bis 1963 wurde die Verfolgung der Jahre 1933-1938 gar nicht anerkannt), wurde diese den Betroffenen gegen ihre Fürsorgeleistungen aufgerechnet.

Wie schon in den Zeiten des Kaiserreichs und der Weimarer Republik übernahm Bayern die Vorreiterrolle bei der Sondergesetzgebung gegen die Roma und Sinti als es 1953 eine »Landfahrerordnung« verabschiedete, die erst 1970 gekippt werden konnte.

Bis heute führt die bayrische Polizei eine Sondererfassung von Sinti und Roma durch.

Nach dem Fall des »Eisernen Vorhanges« ist die BRD wieder in die Kriege in Jugoslawien mit paramilitärischen Nazisöldnern wie auch mit »regulären Truppen« involviert und hat damit eine neue Welle der Verfolgung der dort lebenden Roma ausgelöst. 100 000 von ihnen wurden zur Flucht in die BRD oder in andere Länder genötigt. Hier in der BRD sind sie wieder neuen rassistischen Sondergesetzen unterworfen wie z.B. dem Asylbewerberleistungsgesetz oder dem Gesetz zur Residenzpflicht. In diesen Wochen werden diese Flüchtlinge abgeschoben oder sollen durch Massenabschiebungen später abgeschoben werden. Dort angekommen, leben sie meist in Flüchtlingslagern aus Holz- und Wellblechhütten, ohne Strom und Wasser, sind von der Außenwelt isoliert und es kommt immer wieder zu militärischen Angriffen ihrer Verfolger.

Viele dieser Roma sind Überlebende oder Kinder von Opfern der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nazis und ihnen wird die sofortige und vollständige Auszahlung von Entschädigungszahlungen, vor allem durch die IOM (International Organisation for Migration), die auch an den Abschiebungen aus der BRD beteiligt ist, verwehrt.

g Sofortiger und endgültiger Abschiebestopp für Roma und alle anderen Flüchtlinge!

g Sofortige und vollständige Auszahlung aller Entschädigungszahlungen - Destroy IOM!

g Keine Anrechnung von Entschädigungszahlungen auf Sozialleistungen!

g Opferrenten statt Täterrenten!

Initiative gegen das Chipkartensystem

ANZEIGE

BOPTIER MICH

Geben Sie unserem Abo ein Zuhause. Das bringt Freude in Ihr Leben und sichert unsere Existenz.

die tageszeitung taz plan

© 2010 taz Medien GmbH | 10000 Berlin | 030 25902590 | Fax 030 25902580 | abc@taz.de | www.taz.de



taz-Aboabteilung
PF 610229 | 10923 Berlin

Tel (030) 25902590 | Fax (030) 25902580 | abc@taz.de | www.taz.de



Voll normal: Geschichtsrevisionismus und Krieg

Die Relativierung der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen, die Diskreditierung von Systemalternativen, die Nivellierung der Täter-Opfer-Differenz, die Leugnung der Verantwortung gegenüber den politischen Ergebnissen der deutschen Niederlage und gegenüber den Ansprüchen der Überlebenden der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, also der Austritt Deutschlands aus seiner Geschichte und der Eintritt in eine gewaltförmig organisierte Politik nach innen und außen: dies sind die strategischen Ziele des Geschichtsrevisionismus.

Deutschlands Austritt aus der Geschichte seit Mitte der achtziger Jahre versuchte die intellektuelle Rechte, offensiv die Massenvernichtung der europäischen Juden durch Vergleiche mit anderen großen Menschheitsverbrechen zu relativieren. Diese Verharmlosung konnte zwar vorläufig zurückgedrängt werden, die Versuche, einen Schlussstrich unter die einzigartigen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands zu ziehen, wurden jedoch intensiviert.

Nach dem sogenannten »Historikerstreit« im Jahr 1984, dem Versuch eines trivialisierenden Vergleichs der nationalsozialistischen Vernichtungslager mit dem sowjetischen »Gulag«-System, kamen erst mit der Wiedervereinigung wieder geschichtspolitische Diskurse zum Zug. 1992 begründete die sich etablierende »Neue Rechte« deutsche Hegemoniebestrebungen in Europa. Bereits überwundene Vokabeln wie »geostrategische Situation« oder »Mittellage Deutschlands« erleben auf den Feuilletonseiten ein ungeahntes Comeback.

In dem Diskurs um die Neue Wache in Berlin als neues »Mahnmal für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« versuchte eine konserva-

tive Öffentlichkeit erfolgreich, die NS-Herrschaft zu entkonkretisieren und die Differenz zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und ihren Mördern aufzuheben.

In seiner berüchtigten Dresden-Rede zum 8. Mai 1995 akzeptierte Bundespräsident Herzog zwar öffentlich den Begriff der Befreiung vom Nationalsozialismus, nutzte die Gelegenheit aber zur Begründung einer stärker militärisch unteretzten Außenpolitik.

Als Daniel Goldhagen im Jahre 1996 mit seinem Buch »Hitlers willige Vollstrecker« die Vernichtung als deutsches Gemeinschaftsprojekt faktenreich behauptete, war eine offene, teils antisemitisch konnotierte Abwehr seiner Thesen die Folge. Sein Versuch, das Augenmerk auf die Täter der nationalsozialistischen Verbrechen zu lenken und historische Schuld konkret zu benennen, scheiterte.

Auch die erste Version der Wehrmachtssausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung sah sich Mitte der neunziger Jahre scharfen Angriffen ausgesetzt, weil sie die Darstellung des Holocaust dem akademischen Diskurs entriss und die These der organisierten, kollektiven Teilnahme der deutschen Wehrmacht an den Massenvernichtungen popularisierte.

Als mit den Sammelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter vor amerikanischen Gerichten gegen deutsche Konzerne deren (Image-) Verlust bedrohliche Ausmaße annahm (seit 1998), spielten Unternehmen und die Bundesregierung auf Zeit: Initiativen und Stiftungen wurden gegründet. Erst drei Jahre später war es soweit: die Überlebenden werden mit maximal 15 000 D-Mark abgespeist, alle deutschen Konzerne bleiben von künftigen US-Klagen verschont.

Ende 1998 sprach der Schriftsteller Martin Walser über die »Moralkeule Auschwitz« und öffnete damit Türen für neurechte Diskurse im medialen Mainstream. Seine Rede war geprägt von der Leugnung historischer Verantwortung. Die Walser-Rede ist symptomatisch: in den meisten erinnerungspolitischen Debatten revidieren als Linke wahrgenommene Protagonisten wesentliche Bestandteile des Geschichtsdiskurses und initiieren - gewollt oder ungewollt - Debatten im Feuilleton, um die Diskursmatrix nach rechts zu verschieben.

Die öffentlichen Reaktionen auf das jüngste Grass-Buch im Februar diesen Jahres waren schließlich vorauszusehen. Das angeblich tabuisierte Thema der Vertreibungen durch die Alliierten ist gebrochen, die Befreiung vom Nationalsozialismus kann auf den menschen- und völkerrechtlichen Prüfstand gestellt werden.

Mit der jüngsten Debatte um das Buch »Der Brand« über die Bombardierung Dresdens 1945 werden die Deutschen nicht nur erneut als doppelte Opfer des Zweiten Weltkrieges inszeniert - Opfer Hitlers und alliierter »Kriegsverbrechen«. Im Kontext der Schützenhilfe des liberalen Feuilletons für die offensive Abgrenzung zu »Amerika« durch die rot-grüne Bundesregierung wird die Behauptung einer traditionell aggressiven US-Außenpolitik unterstrichen.

Geschichtsrevisionismus und Krieg unter den politischen Akteuren und den intellektuellen Eliten der Bundesrepublik hatte sich nach der »Wiedervereinigung« langsam die Erkenntnis durchgesetzt, dass Deutschland erst dann eigenständig seine wirtschaftlichen und politischen Interessen international vertrete können, wenn es die Hypothek, die der Judenmord hinterließ, losgeworden ist. Der nun möglich gewordene Bruch mit dem bisherigen ideologischen Bezugsrahmen westdeutscher Politik (insbesondere außenpolitische Zurückhaltung und militärische Defensivität) katalysierte all die bis dahin immer zurückgehaltenen Normalisierungsbestrebungen.

Eines der Ergebnisse der geschichtsrevisionistischen Debatten ist, dass die historische Verantwortung für den nationalsozialistischen Judenmord zwar inzwischen öffentlich akzeptiert wird, gleichzeitig aber als moralische Instanz für deutsche Hegemoniebestrebungen und eine militarisierte Außenpolitik angerufen wird, etwa nach dem Motto »Angriff auf Serbien dank Auschwitz« (Kosovokrieg). Wichtiges Element dieser Entsorgung der deutschen Vergangenheit ist auch die Neubestimmung des Verhältnisses zum Staat Israel und die Inszenierung anti-israelischer Diskurse, die an latent vorhandene antisemitische Denkmuster in einem Großteil der Bevölkerung anknüpfen können.

Wir sind in den vergangenen Jahren, spätestens mit dem Eintritt der Bundesregierung in den Krieg gegen Jugoslawien, Zeugen eines Diskurses geworden, der sich einer friedenspolitischen Rhetorik bedient, um die eigene militärisch orientierte Außenpolitik, die steigenden Rüstungsexporte in Folterstaaten und nicht zuletzt die Aufrüstung im Innern zu verschleiern.

Große Teile der traditionellen Friedensbewegung haben sich mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation aufgelöst. Deren Rudimente - wie z.B. die Ostermarsch-Aktivisten, Friedensratschlag und andere - vertreten einen einäugigen, affektiv-anti-amerikanischen Pazifismus, der auch gelegentlich neurechte Auschwitzrelativierungen bedient. Der bevorstehende Krieg der USA gegen den Irak verschafft der angeschlagen geglaubten »Friedensbewegung« wieder Auftrieb: versprengte Anti-Imperialisten, militante Jihadisten und altgewordene Pazifisten schaffen es auf die Titelseiten des bürgerlichen Mainstreams. Ob mit antisemitisch illustrierten Demo-Plakaten, platten Parolen à la »Bush-Krieger« oder Soli-Besuchen bei Saddam und Arafat - sie erzeu-

gen und verstärken einen Diskurs, der sich abgrenzen möchte vom modernen, pragmatischen und einseitig am Eigennutz orientierten »Amerika«, sich jedoch positiv bezieht auf Volksgruppenrechte, autokratische Herrschaftsformen sowie deren völkische Ideologien. dass dies für deutsche Nazis anschlussfähig ist (vgl. Jüdische Allgemeine 22/02, Die Irak-Connection), ist offenkundig.

Anti-amerikanismus hat hier eine unruhliche Tradition: »Schon in den frühen achtziger Jahren war die deutsche Friedensbewegung stets dann besonders erfolgreich, wenn sie in Flugblättern und mit Aktionen gegen die USA als »Besatzungsmacht« agitierte und die nationale Souveränität Deutschlands zum politischen Tagesziel erklärte. Obwohl sie mit ihren Kampagnen gegen Atombewaffnung, NATO-Doppelbeschluss und schließlich den Golfkrieg im Widerspruch zur offiziellen deutschen Politik stand, war sie insgesamt keine oppositionelle Kraft. Mit der konsequenten Ausblendung der nazistischen deutschen Geschichte und der Interpretation der bundesrepublikanischen Nachkriegshistorie als Opfergeschichte einer vom US-Imperialismus unterdrückten Nation hat sie nicht nur ihre eigene Niederlage als Anti-Kriegsbewegung befördert, sondern auf ihre Weise dazu beigetragen, dass Deutschland zu dem wurde, was es heute ist: Ein zunehmend selbstbewußter, aggressiver Staat, der für künftige Machtkämpfe keine Einschränkungen mehr hinnehmen möchte.« (O.Tolmein, Jungle World 23.12.98)

Der xenophobe Affekt, der die Aktivisten motiviert, ist nun allerdings Kernbestandteil deutscher Außenpolitik: »Sperrt den Deutschen Luftraum!« lautet die zentrale Forderung der »Achse des Friedens«.

Krieg als rot-grünes Projekt Nach dem Ende der Ära Kohl und der Wahl einer rot-grünen Regierung im Jahr 1998 hat der bundesdeutsche Geschichtsrevisionismus eine andere Qualität angenommen. Nur den scheinbar moralisch integeren Akteuren des rot-grünen Projekts, allen voran Joschka Fischer, konnte gelingen, was zuvor unmöglich war: die Umfunktionierung der nationalsozialistischen Vergangenheit zum außenpolitischen Standortvorteil. Militärische Außenpolitik wird von der rot-grünen Koalition vor der Öffentlichkeit nicht mehr trotz Auschwitz gerechtfertigt, sondern gerade aufgrund der deutschen Vergangenheit moralisch eingefordert. Wenn es richtig war, dass die Alliierten im Zweiten Weltkrieg gegen den Völkermord der Deutschen vorgingen, so kann es, so die Argumentation der rot-grünen Politiker Scharping, Fischer und Schröder, heute nicht falsch sein, gegen vermeintliche Völkermörder vorzugehen. Und bisher ist es der rot-grünen Politik gelungen, ohne Widerspruch der liberalen Öffentlichkeit zu definieren, wer heute ein mit Hitler vergleichbarer Diktator ist, gerade weil ihre Protagonisten nach der eigenen Auseinandersetzung mit der NS-Tätergeneration seit 1968 moralisch glaubwürdig erscheinen. Nimmt man den Testvorschlag von Kanzler Schröder ernst, deutsche Friedenstruppen auf den israelischen Golan-Höhen zu stationieren, scheint es nur noch eine Frage der Zeit, bis Bundeswehrsoldaten »Menschenrechtsverletzungen« in palästinensischen Gebieten durch die israelischen Verteidigungstreitkräfte verhindern sollen.

Für die politischen Eliten geht es um die abschließende Konstitution des souveränen Nationalstaats »Deutschland«. Es wird geleugnet, relativiert und verharmlost - in der vordergründigen Ablehnung des Irak-Krieges durch die Bundesregierung äußert sich schließlich auch der Anspruch, in und mit diesem Staat »selbstbewußt« Politik zu machen, denn: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.« (Carls Schmitt)

Konkurrenz und HERRschaft

»Wie gehts dir?« ist eine Begrüßungsfloskel, die es überall auf der Welt gibt. Sicher kennst du auch das Gefühl der Hilflosigkeit, wenn dir diese Frage gestellt wird. Tatsächlich scheint es so, dass in dieser Zeit kaum jemand wirklich weiß wie es ihr/ihm geht - ob »...jetzt gerade im Moment?« oder »...in letzter Zeit?« ist dabei völlig egal. »Geht so.« ist die beliebteste Antwort und bedeutet meistens, das eigentlich alles O.K. ist, aber irgendwie doch überhaupt nichts stimmt. Dass dieser Widerspruch in uns ganz viel mit Politik zu tun hat, will dieser Text erklären.

Gehen wir mal davon aus, dass Politik die ganz allgemeine Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen ist, und nicht, wie in manchen Lexikas steht, weitgehend Parteipolitik. Wenn wir so Politik verstehen, merken wir gleich, dass das im Prinzip alles, also unser ganzes Leben betrifft. Solange wir nicht allein auf irgendeiner Insel schmoren, müssen wir uns mit anderen Menschen auseinandersetzen und uns organisieren. Was dabei derzeit so alles schief läuft wird so ohne weiteres niemand komplett verstehen. Sich dem Verstehen nähern geht zweifellos und ist sehr wichtig. Grundprinzipien können wir auch ohne den »totalen Überblick« erkennen. Wie zum Beispiel, dass jede Form von Konkurrenz genauso scheiße ist wie das HERRschaftsprinzip.

Macht und Ohnmacht - die nationalstaatliche Parteiendemokratie und der Kapitalismus sind ein ideales Paar - das erfolgreichste Duett aller Zeiten sozusagen. Ihre große Gemeinsamkeit ist die HERRschaft - die derzeit effektivste Form der Organisation. HERRschaft heißt, seine persönliche Verantwortung und Entscheidungsfreiheit an höhere Instanzen abzugeben (Parteien, Gesetze, Gerichte, Polizei, Behörden, Schule, Angebot und Nachfrage, Firmen als solche ... - sprich Richter, Politiker, Ärzte, Lehrer, Beamte, Vorarbeiter, Chefs, Eigentümer etc.) und somit auf Selbstbestimmung zu verzichten.

Andererseits heißt es, sich in einen Kampf um die besten Positionen zu begeben, um selber trotz vieler Vorschriften und Vorgesetzten möglichst viel Macht zu haben.

Aber was ist so scheiße an HERRschaft, wenn sie doch so effektiv ist? Wenn sich Menschen wegen der Effektivität für ein System entscheiden, das ihnen selbst schadet, ist das paradox, also völlig unlogisch.

Es ist unlogisch, dass andere die eigenen Interessen besser vertreten können als wir selbst. Die über andere entscheiden, werden wie alle von eigenen Interessen geleitet (die Personen, die Institutionen, die Nationen auch) und werden deshalb die, die sie beherrschen (oder repräsentieren) immer vernachlässigen oder sogar gegen sie handeln. Gleichberechtigtes Leben ist im HERRschaftssystem also nicht möglich. Die beiden Sätze »Jeder ist sich selbst der nächste« und »Alle Menschen sind gleich(wertig).« führen deswegen zu der Forderung nach Abschaffung jeder HERRschaft.

Es ist paradox, sein individuelles Glück in einem System zu suchen, dass einem weitestgehend die Selbstbestimmung entzieht. Reichtum kann befriedigen, ruhig stellen, kann vergessen helfen. Da gibt es aber noch ganz andere Aspekte von Glück, wie zum Beispiel ein ausgeglichenes Selbstwertgefühl, Liebe und Freundschaft, Optimismus, Klarheit (das Gefühl zu verstehen), Unbeschwertheit, Erfüllung etc.. Diese sind auf keinem Markt erhältlich und müssen anders

erarbeitet werden. Für diese Arbeit brauchen wir ZEIT zu unserer FREIEN Verfügung (Selbstbestimmung). Wir brauchen eine materielle Grundsicherung und Zugang zum Wissen (Gleichberechtigung). Wer hat das alles heute? Wer nicht?

Die freiwillige Selbsterdrückung steht zur Zeit in voller Blüte. Selbst die, die eigentlich Zeit zum Nachdenken hätten, geben sich größte Mühe dies nicht zu tun und knallen sich den Schädel mit Musikvideos, Computerspielen, Matheaufgaben,

Harry Potter, viel zu viel Drogen oder sonstwas zu. Die meisten von euch, die in diesem Heftchen lesen, haben durchaus einen gewissen Spielraum für eigene Aktivitäten. Aber auch diese Zeit wird knapper, wenn auch die Industrienationen wieder mit stärkerer Armut zu kämpfen haben. Wo die Unterdrückung offensichtlich wird (im Unterschied zwischen arm und reich), wird auch die Repression gegen Widerstand stärker. Wo das Überleben härter wird, wird die Zeit zum Nachdenken und für Widerstand kürzer. Auf diese Situation könnten wir uns allerdings jetzt schon vorbereiten. Was das im Einzelnen bedeuten würde, ist in jeder Hinsicht äußerst komplex. Ganz wesentlich für alles, was es da zu tun gibt sind auf jeden Fall die rastlose Analyse der Verhältnisse und die Aufklärung so vieler Menschen wie möglich. Wir brauchen eine nimmersatte Analyse, die sich neben der HERRschaft auch gegen den Faschismus, gegen Rassismus, Frauenunterdrückung, jedwede Diskriminierung, gegen völkische und nationalistische Ideen und im besonderen auch gegen den weltweit wiederauflebenden Antisemitismus richtet. Aber Theorie allein bringt's natürlich nicht. Genauso brauchen wir auch eine solidarische Praxis, wirkungsvolle Aktionen, funktionierende Organisation, Freiräume, Party etc.. Was die Solidarität betrifft, bedeutet das wiederum den Anderen der beiden grossen Denkfehler zu bekämpfen: die »Notwendigkeit von Konkurrenz«.

Konkurrenz nützt der HERRschaft, der Gleichberechtigung nutzt die Solidarität!

Der häßliche Zwillingbruder der HERRschaft ist die Konkurrenz. Gar nicht nützlich ist, sie der/dem, der/die lieber selbst entscheiden möchte, wieviel Wert einem das eigene Leben ist. Aus der Sicht eines freiheitsliebenden Menschen macht Konkurrenz also einfach keinen Sinn - sie ist überall im Weg, wo wir versuchen uns gleichberechtigt zu organisieren oder einfach nur miteinander zu leben. Oft wird behauptet »Mann kann es nicht allen recht machen«. Diese Logik stimmt aber nur, wenn es jemanden »an der Spitze« gibt der über andere entscheiden kann. Solange sich Menschen gleichberechtigt organisieren (miteinander leben), sind sie gezwungen, sich zu einigen. Dass genau das heutzutage unmöglich erscheint liegt wohl am ehesten daran, dass alle genau das Gegenteil von klein auf in der Ellenbogengesellschaft lernen.

In der Wirtschaft ist Konkurrenz vor allem für die Richtung und das Tempo der Entwicklung verantwortlich. Die derzeitige Richtung ist der endgültige Kollaps, das Tempo unkontrollierbar. Woran liegt das? Zum Beispiel daran, dass uns die Konkurrenz zwingt »unmenschliche« Entscheidungen zu treffen. Wir müssen uns dann einreden,

das kleinere Übel gewählt zu haben, weil wir vielleicht gerade einen Konzern vom Bankrott gerettet haben, dass mit unseren Waffen jeden Tag gemordet wird, dass unser CO₂-Austausch vermutlich Naturkatastrophen verursacht, dass unser Handel Millionen von Menschen dem Hunger(-tod) überläßt, dass Menschen in Lohnarbeit ihrer Selbstbestimmung und damit ihrer Lebensqualität beraubt werden - das interessiert niemanden. Keine Zeit. Der nächste könnte die kleinste Pause zum überholen nutzen.

»Jeder gegen jeden« ist der Antrieb derer, die keinen anderen Antrieb kennen. Die Spieler dieses Spieles behaupten immer wieder, es gäbe auch keinen anderen Weg. Gleichzeitig behaupten sie, der Mensch sei ein vernunftbegabtes Wesen. Wer den Widerspruch nicht sucht, wird auch nichts finden.

Ein Ziel gegen den Widerspruch - Eine erst 2002 abgeschlossene Untersuchung am Gehirn des Menschen hat sehr deutlich gezeigt: Menschen die ein Ziel verfolgen sind wesentlich fixer im Denken, sie sind kreativer und sogar glücklicher. Technisch messbar ist eine stärkere Aktivität im Stirnbereich des Gehirns. Ja, aber was hat das mit Politik zu tun? Ganz einfach: Unser Gehirn bestimmt WAS wir tun und WIE wir etwas tun. Der Mensch braucht also eine glaubwürdige Perspektive, ein Ziel, um innere und äußere Probleme zu ertragen und zu ÜBERWINDEN. Und da haben wir nämlich den Salat. So wie es jetzt aussieht, hat der Mensch eine nicht sehr rosige Zukunft. Wir beuten uns gegenseitig aus, zerstören unsere Lebensgrundlagen, wer kann, häuft grenzenlosen Reichtum an und spendet zu Weihnachten 10 Euro an die, die in grenzenlosem Elend leben. Lächerlich.

»Die Wenigen im Luxus« vegetieren ziellos dahin, ständig satt, egozentrisch, ignorant. »Die Vielen im Elend« ringen um die Hoffnung auf ein besseres Leben und sind zum scheitern verurteilt - von einem System, das sich Kapitalismus nennt. Und wie geht es dir? Carpe diem

Nationen sind nur Kunstprodukte

Was ist eine Nation?

[Duden] Nation: nach Abstammung, Sprache, Sitte, kultureller und politischer Entwicklung zusammengehörige, innerhalb der gleichen Staatsgrenzen lebende, bewußt und gewollt geformte politische Gemeinschaft.

Na ist doch klar. Du bist DeutscheR, Dein Mitschüler vielleicht Pakistani, Vietnamesische oder Türke. Die ganze Welt besteht aus Nationalstaaten. Angeblich sind alle stolz auf ihre Nation, und wer es nicht ist, wird als SpinnerIn belächelt oder von »stolzen Deutschen« angepöbelt und gejagt.

Aber sehen wir uns die einzelnen Punkte der Duden-Worterklärung an:

1. Abstammung: Die Abstammung der Deutschen ist ein Schmelztiegel. Römer, Franzosen, Balten, Slawen, Germanen - jedeR ist anscheinend schon mal durch die Mitte Europas marschiert. Die Träume der Nazis von der »reinen nordischen Rasse« sind Schäume. Deutschland ist ein geschichtlicher und kultureller Eintopf.

2. Sprache. Luthers Bibelübersetzung, die das Hochdeutsche verbreiten half, mußte erst in die einzelnen deutschen Sprachen weiter übersetzt werden. Die Gebildeten mochten deutsch nicht. Im Mittelalter sprachen und schrieben sie wo es nur ging Latein, danach französisch. Erst seit im 18. Jahrhundert der deutsche Nationalismus entstanden war, verbreitete sich deutsch endgültig in allen Schichten der Gesellschaft. Vor 100 Jahren konnte sich ein Mecklenburger nicht mit einem Bayern verständigen. Nur 10 Prozent der »Deutschen« beherrschten damals die nationale Standardsprache, das Hochdeutsche.

Und heute? Wie läuft wohl die Verständigung zwischen einem Hopper aus Berlin und einem Priester aus Bayern? Menschengruppen schaffen sich ihre jeweils besonderen Fachsprachen, Slangs und Jargons, die für Außenstehende nicht verständlich sind und erst extra erlernt werden müssen. Eine Afrikanerin kann unter Umständen besser hochdeutsch sprechen und schreiben als so manche deutsche Dumpfbacke...

3. Sitte und Kultur. Was ist die Gemeinsamkeit zwischen einem Punkkonzert und dem Musikantenstadl? Zwischen einem norddeutschen Fischer und einer bayerischen Hausfrau? Was ist denn typisch deutsche Kultur? Vielleicht das Weihnachtsfest mit seinem aus Amerika kommenden Weihnachtsmann? Die Nationalisten wissen natürlich Bescheid über deutsche Kultur und haben sich eine »Nationalkultur« aus Führergeburtstag, Sonnenwendfeiern, Heldengedenken, germanischem Brauchtum und ähnlichen angestaubten Events zusammengebraut. Doch ist das die »wahre Nationalkultur«, weil ein paar Fanatiker es dafür halten? Dann schon eher HipHop, da stehen 30mal so viel »Deutsche« drauf.

4. »Innerhalb der gleichen Staatsgrenzen...« - aber fühlen sich die meisten Deutschen nicht mehr als »deutsch« (was auch immer das sein mag), wenn sie Angehörige eines anderen Staates sind, z.B. der USA? Normalerweise nein. Bis 1871 lebten die Deutschen in über 20 verschiedenen Staaten; selbst heute fühlen sich viele Russen, Rumänen und Österreicher als Deutsche.

5. Bleibt also von der ganzen Selbstverständlichkeit der »Nation« nur der letzte Punkt der Duden-Definition übrig: Nationen gibt es, weil die Mehrheit der hier lebenden Bevölkerung ein Nationalbewußtsein hat und weil viele es WOLLEN, dass es die Nation gibt. Niemals kann ein Deutscher mit allen anderen »Landsleuten« sprechen, sie kennenlernen, mit ihnen leben und Erfahrungen teilen. Aufgrund dessen, dass alle Deutschen von der selben Regierung regiert werden, gelten sie als Deutsche. Nationen sind also »vorgestellte Gemeinschaften«, die gar nicht in der persönlichen Erfahrungswelt eines Menschen erlebbar sind, sondern lediglich aufgrund verbreiteter Überzeugungen und politischer Entscheidungen. Aber warum legen dann so viele Leute Wert auf ihre Nationalität?

Die Nation - ein Baby der Geschichte

Die heute so selbstverständlichen Nationen gibt es erst frühestens seit einigen hundert Jahren. Jahrtausendlang war vorher für die meisten Menschen wichtiger, aus welcher Stadt oder aus welchem Gebiet sie kamen, welchem Stamm oder welchem Glauben sie angehörten. Das, was heute »Deutschland« heißt, war im Mittelalter erst unter Stämmen mit verschiedener Sprache, wie Franken, Sachsen, Bayern oder Alemannen, aufgeteilt oder später in die völlig selbständigen Fürstenstaaten wie etwa Brandenburg-Preußen, Württemberg oder Hannover.

Doch seit dem Ende des Mittelalters machte das Hirngespinnst der »Nation« eine erstaunliche Karriere. Staaten, Herrscher und das Bürgertum bedienten sich erfolgreich dieser Idee, um ihre Interessen durchzusetzen.

Die Vorstellung von der Nation half, den Herrschaftsanspruch des Staates zu rechtfertigen. Denn im Mittelalter waren die Menschen durch ihre Geburt einem bestimmten Stand und einem Herrscher zugeordnet, während in der bürgerlichen Gesellschaft die Menschen formal frei und gleich sind. Indem den Menschen eingebläut wurde, sie wären von Natur aus Mitglieder einer Nation, konnte der Nationalstaat seinen Machtanspruch begründen.

Für die Fürsten und später das Bürgertum war die Nation das Mittel, ihre Herrschaftsbereiche zu vereinheitlichen und zu zentralisieren. Alle Menschen hatten die nationale Standardsprache, zum Beispiel das Hochdeutsche, zu erlernen, um die Befehle von Oben verstehen und befolgen zu können. Alle Angehörigen einer Nation konnten gleichermaßen den Gesetzen, Befehlen, Beamten, der Wehrpflicht und dem Zwang zu wirtschaftlicher Verwertung unterworfen werden.

Das Bürgertum unterstützte den Nationalstaat, denn es hoffte, sein Gewinnstreben mit Hilfe machtvoller, einheitlicher Staaten besser verfolgen zu können. So eroberte der Staat Kolonien, verordnete je nach wirtschaftlichem Bedarf Schutzzölle oder Freihandel und sicherte den Besitz der Reichen durch Gesetze, Gerichte, Polizei und Armee. Nationalstaaten - das sind auch große vereinheitlichte Märkte, in denen sich Waren und Menschen relativ frei bewegen können. Für das Bürgertum ein großer Fortschritt gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Zersplitterung, die in Deutschland

Neues deutsches Selbstbewusstsein: Bundeswehrsoldat in



bis 1871 herrschte.

Und was ist eigentlich Nationalismus?

Ein Nationalist betrachtet alles durch die nationale Brille. Was gut und was schlecht ist beurteilt er danach, ob es in seinen Augen seiner Nation nützt oder schadet. Er fragt nicht zuerst nach dem Charakter und den Meinungen eines anderen Menschen, sondern nach seiner Nationalität. Anhand dessen bewertet der Nationalist die Menschen, wobei er meistens die eigene Nation für die beste hält. Die Geschichte ist für den Nationalisten ein gnadenloser Überlebenskampf zwischen Völkern. Andere Triebkräfte der Entwicklung - Wirtschaft, Klassen und Klassenkämpfe, Erfindungen, Ideen, gegenseitige Beeinflussung von Gesellschaften, Modernisierung - vernachlässigt er oder ignoriert sie völlig.

In England, Frankreich, der USA und anderen Ländern wurde der Nationalstaat durch erfolgreiche bürgerliche Revolutionen verwirklicht. Dort herrscht der »republikanische Nationalismus« vor, der jedeN als MitbürgerIn anerkennt, die oder der sich der geltenden

Rechtsordnung unterwirft.

In Deutschland hingegen ist der Nationalismus »völkisch«, das heißt er bestimmt anhand von Abstammung, Sprache und Kultur, wer als »deutsch« anerkannt wird. Dies liegt daran, dass es den Deutschen nie gelang, eine Revolution zum Sieg zu führen. Dadurch kamen sie viel später zu ihrem Nationalstaat als viele andere Länder; und der Nationalismus wurde früh zum Werkzeug der Herrschenden gegen Demokratie und Rechtsstaat, anstatt wie in Frankreich oder den USA ein Mittel des Bürgertums für die Republik und die bürgerlichen Freiheiten gewesen zu sein.

Weil der völkische Nationalismus ein viel zu spät gekommener und besonders künstlicher Nationalismus ist, braucht er starke Feindbilder, um die »Volksgenossen«, die davon zuerst meist nichts wissen wollten, in eine nationale Front zu schweißen. Früher waren diese Feindbilder vor allem die Franzosen, Polen und Russen, während heute US-Amerikaner und Muslime diese Rolle zu spielen haben. Ein Feindbild ist von Anfang an stabil geblieben, obwohl es mal offener, mal versteckter auftritt: Der Wahn gegen die Juden.

Zum Feindbild gehört ein möglichst strahlendes Selbstbild der Deutschen. Sie sehen sich gern als fleißig, ehrlich, männlich und ordentlich. Die »ehrliebe deutsche Arbeit« als Gegensatz zu »weibischen und sittenlosen Franzosen«, »liederlichen und diebischen Polen«, »schlampigen und trunksüchtigen Russen«, »geldgierigen und kulturlosen Amis« und vor allem den »raffgierigen und mächtigen Juden« ist der Kern der deutschen Identität.

Der völkische deutsche Nationalismus will alle Menschen zwingen, sich seinem Bild anzupassen. Leute aus anderen Kulturen, mit anderen Sprachen müssen sich angleichen, sonst werden sie vertrieben oder sogar ausgerottet. Aber die Nationalisten suchen sich auch innerhalb der deutschen Bevölkerung Opfer, die als »fremd« definiert und verfolgt werden. So erging es zum Beispiel den deutschen Juden. Der Haß der Nationalisten kann darüber hinaus jedeN treffen, der oder die nicht recht mitmachen will im »Volkkörper«.

Was der deutsche Nationalismus drauf hat, bewies er zwischen 1933 bis 1945, indem er die wahnsinnigsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte beging. Wobei er sehr ordentlich und fleißig war.

Nationen - ein Werkzeug zur Durchsetzung von Herrschaft ueber Menschen

Als deutsche StaatsbürgerIn bist du verpflichtet, die deutschen Gesetze zu befolgen. Du darfst den Reichen nichts wegnehmen, denn das Eigentum ist heilig im kapitalistischen Nationalstaat. Du mußt zur Schule gehen, und zur Armee, wenn du ein Junge bist. Vielleicht mußt du dann beim Kriegführen helfen, irgendwo auf dem Balkan oder in Afghanistan, obwohl diese Kriege nichts mit deinen Interessen zu tun haben. Du darfst nicht wählen gehen, wenn du unter 18 bist, mußt dich aber von der Erwachsenenwelt beherrschen lassen - von Politikern, LehrerInnen, Ausbildern, Chefs, Eltern und so weiter. Atomkraftwerke und Müllverbrennungsanlagen vor deiner Haustür mußt du dir gefallen lassen - und alles andere, was dir vielleicht nicht gefällt: Hanfverbot, Graffiti-Verbot und so weiter.

Aber Herrschaft funktioniert als Pyramide und als Netzwerk. Die deutsche Nation gibt dir Privilegien und auch abstrakte Macht gegenüber Nichtdeutschen. So wirst du ruhig gestellt, denn du kannst ja noch nach unten treten, wenn du dich nach oben bücken mußt.

Flüchtlinge werden gewaltsam am Betreten Deutschlands gehindert, durch Bundesgrenzschutz, Abschiebeknäste und

Deportationen. Über 100 sind dadurch seit 1993 ums Leben gekommen.

Die meisten Deutschen schimpfen derweil über »die Ausländer«, die ihnen angeblich Jobs, Wohnungen und Sozialleistungen wegnehmen. So kommen sie nicht auf die Idee zu fragen, warum Politiker, Manager und andere »Besserverdienende« im Geld schwimmen, während Armut, Unglück und Unzufriedenheit immer weiter zunehmen in diesem Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt.

Die meisten Nichtdeutschen dürfen nicht wählen, aber Steuern zahlen, haben die höchste Arbeitslosigkeit, verrichten die billigsten, schwersten, dreckigsten und gefährlichsten Jobs, die keinE WohlstandsdeutscheR mehr machen würde. Sie bekommen die schlechtesten Wohnungen und werden dann auch noch von Bullen und Bürokraten schikaniert.

Im Kapitalismus ist jedeR des anderen Rivale. Ihr konkurriert um Beliebtheit und Ansehen, um gute Noten und Arbeitsplätze, um Geld, Macht und Erfolg. Es ist schießbegal, ob die andere, die sich um die gleiche Stelle wie du beworben hat, weiße, braune, gelbe oder lilane Haut hat. Kriegt sie den Job, bist du in jedem Fall angeemeiert. Aber warum der Mensch in diesem Land überhaupt die Tretmühle in Schule, Arbeitsamt, Uni, Betrieb mitmachen muß, das fragen die Deutschen nicht. Von den Wirkungsweisen des Kapitalismus haben sie keine Ahnung. Sie sehen sich lieber als »die Deutschen«, die gegen »die Ausländer« stehen.

Deutschland profitiert von der Ungleichheit des globalen Wirtschaftssystems. JedeR Einzelne hat was von billigen Bananen, Nike-Schuhen aus indonesischen Kinderfabriken und Fleisch aus Argentinien. Deutschland exportiert Waffen, läßt die verschuldeten Länder zahlen und drückt gemeinsam mit den anderen Industrieländern die Programme von Weltbank und Internationalem Währungsfonds weltweit durch. Die Opfer dieser Politik - die Flüchtlinge - werden aus der Festung Europa rausgehalten oder rausgeschmissen. Die meisten Deutschen klatschen Applaus dazu,

Wer bestimmt eigentlich, wer zur deutschen Nation gehört, und wer nicht, was die »nationalen Interessen« sind und wer sie verletzt? Das bestimmen die, die auch sonst alles bestimmen: die politisch, wirtschaftlich, kulturell und medial Starken. Und jeden Tag wird das Zwangsverhältnis »bürgerlicher Nationalstaat« aufrechterhalten von den Dumpfdeutschen, die für ein paar armselige Privilegien ihren als nichtdeutsch definierten Kolleginnen und Mitmenschen in den Arsch treten.

Kampf für Deine Klasse, nicht für Deine Nation!!

Wir leben heute in einer Weltgesellschaft, nicht mehr im 19. Jahrhundert. Alle Menschen könnten frei und gleich im Luxus leben - ohne Armut und Arbeit! Statt dessen lassen sich viele Menschen als »deutsch« definieren und sind auch noch stolz drauf. Die lächerlichen Vorteile, die das »Deutschsein« bringt, verschwinden gegenüber den Zwängen, die JedeR dagegen eintauschen muß.

Gegen Kapital & Nation - Für die soziale Revolution! Für den kosmopolitischen Kommunismus!

Ron Sömmer

Brennende BRD-Fahne waehrend einer Demonstration am 26.1. 2002 fuer den Erhalt der Rigaer 94



Vom Gefuehl zur Analyse

H U M M E L - A n t i f a : w a r u m w i r g a n z b e s t i m m t n i c h t a n
A n t i k r i e g s p r o t e s t e n t e i l n e h m e n

Hummel-Antifa. Antifaschistische Hochschulgruppe der Humboldt-Universität zu Berlin

I Als am 26. Oktober tausende von Menschen gegen den Krieg demonstrierten, fehlte ein Teil der Linken. Dieser Teil der Linken, dem auch wir uns zugehörig fühlen, blieb und bleibt aus Gründen diesen Protesten fern, die wir hier versuchen wollen darzulegen.

Viele Leute nehmen an Friedensdemonstrationen teil, weil sie aus einem Ungerechtigkeitsgefühl heraus gegen den Krieg sind, weil sie dagegen sind, dass eine Großmacht den Weltfrieden bedroht und weil sie das Gefühl haben, dass sie mit ihrer Position moralisch auf der richtigen Seite stehen. Deshalb gingen am schon 26. 10. zum Global Action Day nicht nur Menschen in Berlin auf die Strasse, sondern in halb Europa und den USA. Sie tun dies aus dem Anspruch heraus, die Welt zu verändern

gäbe, der aus Weltmachtsplänen oder höchstens Erdöl-Interessen einen weiteren Krieg beginnen will - anstatt zu fragen, wie die Welt eingerichtet sein muss, damit es denkbar ist, dass scheinbar ein Großteil der Macht auf wenige Menschen verteilt ist. Oder auch wenn gegen Krieg demonstriert wird, weil dort Menschen sterben, ohne überhaupt darauf zu kommen, dass auch im sogenannten Frieden solcherlei gang und gäbe ist.

Das einfach fühlende Denken teilt die Welt in gut und böse. Mit ein wenig Nachdenken wird aber klar, dass die Welt nicht so einfach sein kann. Menschen sind niemals gut oder böse, sondern immer als Individuen innerhalb eines Machtzusammenhanges begründet und auch nicht außerhalb dessen denkbar. Das heißt nicht, dass sie nicht eigene Entscheidungen treffen könnten - die dann wieder zu beurteilen oder zu kritisieren wären -, gleichzeitig aber bleiben sie immer innerhalb dieses Systems verfangen.

Die Grenzen sind immer haeufiger fließend: Transpis der Pro-Palaestina- und Friedensbewegung



und zu einem besseren Ort ohne Krieg und Unterdrückung zu machen. Auch Linke, die nicht an den Friedensdemos teilnehmen, sind einst aus diesen Ansprüchen heraus motiviert worden, Politik zu machen. Aber sie meinen erkannt zu haben, dass nur aus dem Gefühl heraus, dass etwas falsch sei, Politik zu machen nicht genügen kann, um diese Welt radikal zu verändern.

Dass es nicht nur ungenügend, sondern auch notwendig falsch ist, politische Urteile nur aus dem Bauch heraus zu fällen zeigt sich an dem Weltbild, dass aus dieser gefühlten Politik entsteht. Wer sich nur auf sein Gefühl verlässt, braucht auch nicht weiter nach den Gründen zu fragen, warum die Welt so ist, wie sie ist, sondern macht einfach nur böse Menschen aus, die dafür verantwortlich wären, dass die Welt schlecht sei. Ein Denken in solchen Bahnen nimmt notwendig den Weg des geringsten Widerstandes, um die komplexe Welt einfach und widerspruchlos zu ordnen. Das zeigte sich zum Beispiel wenn auf solchen Demonstration wie, einfach davon ausgegangen wird, dass es halt einen verrückten Cowboy

II Auf den ersten Blick ist es logisch, gegen den Krieg zu sein, da dort Menschen sterben. Aber auf den zweiten erscheint dies vollkommen absurd. Wer gegen den Krieg ist, kann nicht darauf verzichten die Verhältnisse anzugreifen, deren Ausdruck dieser Krieg ist. In dieser Gesellschaft ist es nicht möglich, einen »guten« Frieden diesem »bösen« Krieg gegenüberzustellen, da dies hieße, die gegebenen Verhältnisse zu ignorieren. Das ist es aber nicht, was von den Linken, die diesen Protesten fernbleiben, kritisiert wird. Vielmehr ist es so, dass dieses Denken dazu führt, dass die einzige Lösung der Probleme darin gesehen wird, entweder die bösen Menschen, die für die Missstände verantwortlich gemacht werden, zu morden und durch gute Menschen zu ersetzen; oder aber sich den Verhältnissen anzupassen und zu versuchen, diese nur soweit sie es zulassen, zum Guten zu verändern. Also, Sozialdemokrat zu werden.

Die Welt in gute Völker und sie beherrschende böse Menschen einzuteilen hat vor allem in Deutschland eine Tradition, die Antisemitismus genannt wird. Der Grundgedanke des Antisemitismus ist, dass es ein gutes

Volk gibt, welches von den dunklen, gierigen Mächten befreit werden muss, die es unterdrücken und davon abhalten »einfach und gut« zu leben. Diese Bösen manifestieren sich im Bild der Juden, müssen aber nicht so heißen: »gewisse Kreise«, Bonzen, Herrschende, das Finanzkapital sind nur einige Begriffe, die für diese angeblichen Herrscher der Welt verwendet werden. Und diese Mächte müssen mit der jüdischen Religion auch nicht das Geringste zu tun haben, es reicht antisemitisch denkenden Menschen, wenn sie diesen die altbekannten Stereotypen anhängen können. Das gerade Linke, die zu diesen Demonstrationen aufrufen, dies tun, ist der wichtigste Grund, warum ein anderer Teil der Linken sich von jenen distanziert.

Mit diesen Bildern geht die Idee von guten, unterdrückten Völkern einher, deren Befreiungskampf als gerechtfertigt und unterstützenswert dargestellt wird. Doch auch das ist notwendig falsch und führt mitnichten zu einer Revolution, welche die Voraussetzung für eine befreite Gesellschaft ist. Es wird behauptet, dass es einen Wert gäbe, der fern jeder Geschichte oder gesellschaftlichen Prägung unterschiedlichste Menschen zu einem Volk zusammenfasst. Dagegen können sie - dieser Behauptung nach - nichts tun: Sie sind halt einem Volk zugehörig. Mit dieser Sichtweise werden die Individuen dem Kollektiv Volk untergeordnet, was dazu führt, dass diese Kategorie unmöglich als fortschrittlich gelten kann. Da aber auf

Verhältnisse bestärkt und festklopft - sondern nach den Ursachen zu fragen und diese zu bekämpfen.

IV Dazu kommt, dass dieser Krieg nicht einfach nur einen beliebigen Konflikt darstellt. Dadurch, dass er durch die USA geführt wird, die in dem Ruf steht »globaler Ausbeuter« zu sein und auf der einen Seite die Weltmacht zu haben, auf der anderen Seite sie anzustreben, ist vorauszu sehen, dass es in Deutschland und gerade auf Friedensdemos wieder zum Propagieren antiamerikanische Vorurteile kommen wird. Spätestens seit den achtziger Jahren gibt es eine linksradikale Kritik an diesem Antiamerikanismus, die auszuführen hier aber nicht der Platz ist.

Als Ergebnis dieser Kritik steht fest, dass der aufgerufene Antiamerikanismus ein umformulierter Antisemitismus mit deutschnationalen Untertönen ist. Dies führt zu einem weiteren Spezifikum dieses Konfliktes: Es geht hierbei auch um die Existenz des Staates Israel. Das Existenzrecht dieses Staates, den als Fluchtpunkt der Betroffenen des Antisemitismus zu verteidigen einen Grundkonsens der nicht anwesenden Linken darstellt, wird auf jenen Demonstration ganz vehement geleugnet. Zum einen wird von einigen Menschen völlig unreflektiert Solidarität mit dem Zwangskollektiv »palästinensisches Volk« gegen den »israelischen Aggressor« gefordert. Dieser absurde Fakt - was haben Israel und Palästina mit Irak und USA zu tun? - ist mit einer Kritik an der Entstehung und

In der Palaestina-Solibewegung finden sich auch diese Vergleiche / Von einem Stein getroffener israelischer Soldat (r.)



natürliche Mensch gesucht wird - den es nicht geben kann, da jedes Individuum nur durch die Gesellschaft konstituiert ist und es immer die Konstruktion eines »Gegenmenschen« braucht, welcher dies verhindert - ist es, was wir angreifen wollen und nicht einzelne Polizistinnen oder Politikerinnen. Diese Totalität der Verhältnisse, von der wir reden, beinhaltet die ökonomischen Strukturen, die Machtverhältnisse, die Konstituierung von Kategorien wie Ethnie, Volk und Geschlecht und deren Ausdrücke. Für uns als antifaschistische Gruppe bedeutet das nicht, dass wir nicht im gegebenen Fall auch einzelne Menschen kritisieren und uns ihnen entgegenstellen, dennoch gilt es, nicht aus dem Blick zu verlieren, dass diese Einzelpersonen trotz ihrer subjektiven Entscheidungen stets dem System verhaftet bleiben und als solche nur eine Form des Ausdrucks desselben sind.

Es sollte klar sein, dass die Welt nicht einfach nur mit den Gegensätzen Gut und Böse, Krieg und Frieden, Unterdrückern und Unterdrückten, Nazis und Antifaschistinnen zu erklären ist. Wer aber darauf verzichtet, die Welt zu erklären und sie nur fühlt, kann bestenfalls nur das System reproduzieren, schlimmstenfalls die »Bösen« ermorden wollen. Deshalb ist dieser Text ein Aufruf, sich nicht einfach richtig und moralisch gut zu fühlen, nicht nur Symptome zu bekämpfen - was immer nur die



Denkweise des Antisemitismus erklärbar, die hier nicht geleistet werden kann. Zum anderen wird direkt und indirekt die Erhaltung des irakischen Regimes gefordert, das ganz offen Israel und die Juden zu Feinden der Welt erklärt hat.

V Wir haben mit diesem Text versucht deutlich zu machen, warum die Erklärung und Veränderung der Welt, aus einem Ungerechtigkeitsgefühl heraus zwangsläufig scheitern muss. Denn wo auf eine Analyse der Verhältnisse verzichtet wird, um sich allein auf das Gefühl zu verlassen, quasi aus dem Bauch heraus zu urteilen, ohne nach den tieferen Ursachen eines Konflikts zu fragen, dort wird mensch immer der Linie des geringsten Widerstandes folgen, um die widersprüchliche Welt widerspruchlos zu ordnen. Komplexe Zusammenhänge verlangen nach einfachen Erklärungsmustern und nichts ist einfacher, als sich in einem Krieg auf die Seite der scheinbar Unterdrückten und Schwächeren zu schlagen. Damit einher geht zwangsweise die Aufteilung der Welt in Gut und Böse. Wir hoffen mit diesem Text verständlich gemacht zu haben, dass es weder dem irakischen Volk, noch dem Versprechen der Emanzipation, noch einer oder einem selbst hilft, auf diesen Demonstrationen dabei zu sein. Dort werden reaktionäre Standpunkte vertreten, die eine Linke eigentlich bekämpfen sollte.

ERLÄUTERUNGEN ZUM TEXT

Linksradikale Kritik: an der deutschen Linken zum Beispiel unter: www.copyriot.com/sinistra

Reader: zum Thema Antisemitismus und die deutsche Linke: www.nadir.org/nadir/initiativ/gi

verrückter Cowboy: so wurde im Mai 2002 in Berlin der US-Amerikanische Präsident George W. Bush dargestellt

Das Existenzrecht Israels: verteidigen? Wieso den das? »Antideutsch für Einsteiger« <http://volkerradke.looplab.org/sonderweg.html>

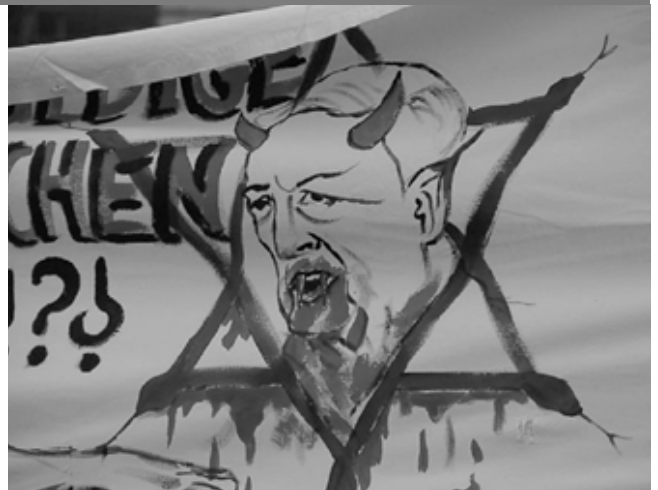
Machtzusammenhang: der Soziologe Michel Foucault hat Grundlagen zu einer Kritik der Macht geliefert. siehe: Hinrich Fink-Eitel : Michel Foucault zur Einführung (Junius Verlag; Hamburg, 2002)

Der »Gegenmensch«: Weil es keinen Menschen geben kann, der »natürlich« ist, aber es sehr wohl Leute gibt, die das glauben, müssen diese immer Gründe suchen, warum sie nicht natürlich sind. Diese sind gut an

Hitlergruss und antisemitische Propaganda bei Pro-Palaestina-Demo in Berlin



Frankfurt am Main)



Oktober 2002, HUmmel-Antifa

Antifaschistische Hochschulgruppe der Humboldt-Universität zu Berlin,

Contact: Hummel@gaza.net

Weiterführendes zum Thema Antisemitismus:

- Thomas Haury: »Zur Logik des bundesdeutschen Antisemitismus« in Leon Poliakov »Vom Antizionismus zum Antisemitismus«

- Max Horkheimer - Theodor W. Adorno »Elemente des Antisemitismus. Grenzen der Aufklärung« zu finden unter www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/01/26/8308.html

- Moïse Postone: »Nationalsozialismus und Antisemitismus - ein theoretischer Versuch«. Z.B. Zu finden unter: www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/01/19/8195.html

- Detlev Claussen: »Vom Judenhass zum Antisemitismus« zu finden unter: www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/02/03/8450.html

Weiterführendes zum Thema Antiamerikanismus in der Linken:

- Dan Diner: »USA SA SS: Bundesrepublikanische Verschiebungen« in: Dan Diner »Verkehrte Welten - Antiamerikanismus in Deutschland ; ein historischer Essay« S.117 - 167

- Les Croquemouches: »The New Roman Empire. Antiamerikanismus: zur Konjunktur eines Ressentiments« zu finden unter www.copyriot.com/sinistra/reading/croq01.html